Einzelnummer 2 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte nur mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 1 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 64

Abonnement ½jährl. K 38.— monatl. K 7.—

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 80 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Freitag.

Freitag, 21. X. 1921.

19. Tischri 5682.

Der kommunistischen Poale Zion Glück und Ende.

Unsere Leser sind genauer als die irgend eines andern zionistischen Blattes über die Wandlungen in der Ideologie und in der Organisation jener jüdischen Gruppe informiert, welche sich nach dem Umsturz in der poalezionistischen Partei zusammengefunden hatte. Sie wissen, daß diese Gruppe sehr wenig mit der alten Partei Poale Zion zu tun hat, die auf eine vieljährige Geschichte innerhalb des Zionismus und auf eine lange, an Schwierigkeiten, Mißerfolgen und immer wieder erneuten Anstrengungen reiche Palästinaarbeit zurückblicken kann. Sie wissen, daß diese Gruppe sich unter dem Einfluß der am Kriegsende überall laut ertönenden sozialistischen Schlagworte, der sogenannten sozialistischen Welle, aus allen möglichen Lagern her in der Organisation der Poale Zion zusammenfand. Nur ein kleiner Teil kam aus andersnationalen sozialistischen Lagern; die meisten von dem vielverlästerten bürgerlichen Zionismus, manche von dessen bürgerlichster Form, den farbentragenden Verbindungen. Unsere Leser wissen ferner, daß sich in dieser Gruppe bald ein Zersetzungsprozeß geltend machte, der dann auf der V. Weltkonferenz der Poale Zion (Wien, Juli 1920) zu einer Spaltung in zwei Organisationen führte: einen „linken" Verband, der den Anschluß an die Dritte Internationale aussprach und alle Beziehungen zur Zionistischen Organisation abbrach; und einen „rechten" Verband, der sich der neuen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, der von ihren Gegnern so genannten Internationale 2½, anschloß und weiterhin innerhalb der allgemeinen Zionistischen Organisation blieb. Der letztere Verband entsandte seine Delegierten zum zwölften Zionistenkongreß nach Karlsbad, welche dort gute Arbeit leisteten.

Vom „linken" Verband hörte man nur sporadisch. Die Bezeichnungen, die sich dieser Verband und die sich seine verschiedenen Landesgruppen gaben, wechselten wiederholt. Daß der Verband sich ein neues Programm geschaffen hätte — über jenes hinaus, welches von der „linken" Mehrheit der fünften Weltkonferenz angenommen worden war — ist nicht bekannt geworden. Man erfuhr nur, daß der Verband an die Dritte Internationale ein Aufnahmegesuch gerichtet und zum dritten Kongreß der kommunistischen Internationale Delegierte nach Moskau entsandt hatte. Nun werden die Berichte dieser Delegierten veröffentlicht, gleichzeitig aber auch ein Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale **„An die Arbeiter des jüdischen kommunistischen Verbandes (Poale Zion)"**, in welchem die Bedingungen Moskaus für die Aufnahme der Poale Zion bekannt gegeben werden.

Dieser Moskauer Brief ist in Nr. 5 der Monatsschrift „Der Funke", Organ der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Jüdische Abteilung), Sektion der Kommunistischen Internationale, vom 30. September d. J. abgedruckt und von einem anscheinend parteioffiziellen Kommentar begleitet. Der Moskauer Brief ist charakteristisch für die Art, wie Moskau mit den verschiedenen Organisationen, die sich der dritten Internationale anschließen wollen, umspringt; der Kommentar ist charakteristisch dafür, wie die verschiedenen Organisationen, die Moskauer als für sich maßgebend anerkennen, auf die von dort erhaltenen Peitschenhiebe reagieren; sie lecken die Hand, die die Peitsche führt.

Der vom 26. August datierte Moskauer Brief anerkennt zunächst den kommunistischen Verband Poale Zion als im Kern kommunistisch. Er fährt fort (Sperrungen von uns):

„Mit um so schweren **Bedenken** erfüllt uns der Umstand, daß in eurer Bewegung Tendenzen vorhanden sind, welche mit den Prinzipien der Kommunistischen Internationale unvereinbar sind."

„Der Gedanke, daß die Konzentration der proletarischen und halbproletarischen jüdischen Massen in Palästina die Basis für die soziale und nationale Emanzipation des arbeitenden jüdischen Volkes bildet, ist **utopisch und reformistisch**, in seiner praktischen Auswirkung **direkt gegenrevolutionär**, da er auf eine Kolonisationsarbeit in Palästina hinausläuft, welche letzten Endes nur die Positionen des **englischen Imperialismus** in Palästina stärkt.

„Die **vollständige Liquidierung dieser Ideologie** ist die wichtigste Bedingung, welche wir stellen müssen.

„Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist sich der Tatsache bewußt, daß die starke Wanderbewegung, welche ein konkreter Ausdruck der eigenartigen Produktionsverhältnisse des jüdischen Proletariats ist, ein Problem darstellt, welchem die Landessektion der Kommunistischen Internationale ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, in dem Maße, als es erforderlich ist, dieselben für den Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Erfüllung konkreter Lebensforderungen der Arbeiterschaft auszunützen. Die Schaffung von Organen, welche sich mit dieser Frage befassen, ist Aufgabe der Landessektionen der Kommunistischen Internationale.

„Die Exekutive beschloß, bei ihrem Sitz ein jüdisches Bureau zu schaffen, welchem die kommunistische Propagandatätigkeit unter den jüdischen Proletariern der ganzen Welt obliegt.

„Die Exekutive fordert Euer Verbandsbureau auf, binnen fünf Monaten eine Weltkonferenz aller kommunistischen Poale Zion-Organisationen einzuberufen, welche die **endgültige Auflösung des Weltverbandes** und die Sektionierung Eurer Organisationen in die Landes-Organisationen der Kommunistischen Internationale in einer Frist von **längstens zwei Monaten** unter den angeführten Bedingungen durchzuführen hat."

Nach einer Aufforderung, die partikularistischen Tendenzen innerhalb der jüdischen kommunistischen Arbeiterbewegung zu bekämpfen, schließt der Brief:

„Es lebe die Vereinigung der jüdischen kommunistischen Arbeiterschaft in der Kommunistischen Internationale!

Es lebe die Dritte Internationale, welche einzig und allein fähig ist, den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft aller Völker zum siegreichen Ende zu führen."

Nach Kenntnis vom Inhalte dieses Briefes wird verständlich, warum er nicht an den jüdischen kommunistischen Verband (Poale Zion), sondern an die Arbeiter des jüdischen kommunistischen Verbandes (Poale Zion) gerichtet ist. Moskau will mit dem Verband nichts zu tun haben, Moskau verlangt die Auflösung des Verbandes und fordert diese Auflösung nicht einmal vom Verbande unmittelbar, sondern sie sagt den Mitgliedern, daß sie die Auflösung des Verbandes fordert. Die Auflösung des Verbandes allein genügt aber Moskau nicht, der Eintritt der jüdischen Kommunisten in die kommunistischen Landesparteien (Sektionen der Kommunistischen Internationale) soll nur dann angenommen werden, wenn er mit der vollständigen Liquidierung der Palästinaideologie verbunden ist. Als „Ersatz" für den poalezionistischen Verband wird Moskau ein jüdisches Bureau schaffen, welches die kommunistische Propaganda unter den jüdischen Proletariern führen wird, und erklärt zugleich, daß die kommunistischen Landesparteien Organe schaffen sollen, welche sich mit der Frage der jüdischen Wanderbewegung insoweit zu befassen haben, als es erforderlich ist, um diese Bewegung für den Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Erfüllung konkreter Lebensforderungen der Arbeiterschaft auszunützen. Ob beispielsweise die tschechoslowakische kommunistische Partei es für erforderlich halten wird, eigene Organe für die Beschäftigung mit der Frage der jüdischen Wanderbewegung zu schaffen, wie diese Organe aussehen und arbeiten, und welchen Wert sie für die jüdischen Proletarier der Tschechoslowakei oder irgend eines andern Landes haben werden, bleibt dahingestellt.

Den kommunistischen Poale Zion haben ihre Deklamationen über den Bankerott der Zionistischen Palästinaarbeit und darüber, daß die Zionistische Organisation sich mit dem englischen Imperialismus verbündet, wenig genützt. Auch ihr eigenes Palästinaprogramm wird als ein solches gebrandmarkt, das nach Moskauer Meinung letzten Endes nur die Positionen des englischen Imperialismus stärkte. Und „Der Funke" nimmt diesen Gedanken sogleich gehorsam auf. Palästinismus sei der Gedanke der selbständigen proletarischen Kolonisationsarbeit; Palästinismus sei der Gedanke, daß (Resolution der fünften Weltkonferenz) Palästina „der Ort ist, wo die Territorialisierung des jüdischen Volkes, sagt „Der Funke", verwirklicht wird."

Diesen unkommunistischen Standpunkt bekämpfe die jüdische Kommunistische Partei Poale Zion schon seit geraumer Zeit. Deshalb habe sie **der Delegation zum Moskauer Kongreß eine Plattform mitgegeben, welche den Programmpunkt „Palästina" nicht enthalte.** Deshalb **begrüße** sie es, daß das Exekutivkomitee die Liquidierung dieser palästinensischen Ideologie fordert. Die Formulierung eines Palästinaprogramms für den Zeitpunkt der vollendeten Weltrevolution halte sie für überflüssig, weil das eigentlich nichts anderes bedeuten würde, als die Forderung einer Garantie, begründet durch ein Mißtrauen in die Kommunistische Internationale in dem Sinne, daß die Internationale den Bedürfnissen der Revolution im Leben der jüdischen proletarischen und halbproletarischen Massen nicht Rechnung tragen werde.

Wenn „Der Funke" seinen Kommentar zum Moskauer Peitschenhieb mit den Worten schließt „Hier gibt es nur eine kommunistische Parole: Vorbehaltlose Annahme des Briefes!" — so spricht er damit klar aus, daß von dem alten poalezionistischen Programm und von sämtlichen Beschlüssen der „linken" Mehrheit der fünften Weltkonferenz der Poale Zion nichts übrig geblieben ist, daß Palästina für seine Partei nicht die geringste andere Bedeutung hat als irgend ein anderes Land, daß sie für das jüdische Volk und für den jüdischen Proletarier keinerlei anderes Interesse hat als für irgend ein anderes Volk oder für irgend einen andern Proletarier, spricht aus, daß die jüdischen Kommunisten tatsächlich nichts anderes sind als einzelne Angehörige der russischen oder polnischen oder tschechoslowakischen oder sonst einer kommunistischen Landespartei, die infolge des Zufalles ihrer Geburt von den andern als Juden bezeichnet werden, obzwar sie als Juden kein Interesse haben, das sie von irgend jemand anders unterschiede.

Damit sind die kommunistischen Poale Zion den Weg endgültig gegangen, von dem wir vor zwei Jahren bereits feststellen mußten, daß sie ihn zu betreten sich anschickten. Sie haben endgültig aufgehört, eine jüdische Partei zu sein, sie haben aufgehört, ein jüdisches Interesse zu haben, sie sind zu einer Expositur der Moskauer Internationale für die Anwerbung jüdischer Stimmen geworden. Sie sind im Verhältnis zum Judentum dasselbe, was seit jeher die jüdischen Sozialdemokraten sind: Zerstörer des Judentums, Kräfte der Auflösung, Kräfte der Vernichtung, Kräfte der Assimilation, Kräfte des Untergangs. Nichts ist an dieser nunmehr vollendeten Entwicklung, nichts ist an diesem unrühmlichen Ende erfreulich als der endlich aufhörende Mißbrauch des Wortes „Zion".

Herrmann.

Keren Hajessod, das Instrument zum Aufbau Palästinas.

Sein Wesen, seine Verwendung, Verwaltung und Aufbringung nach den Beschlüssen des Karlsbader Zionistenkongresses.

I. Der Keren Hajessod.

Der Keren Hajessod (Palästina-Gründungsfonds) ist auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses der zionistischen Jahreskonferenz in London (Juli 1920) geschaffen und vom zwölften Zionistenkongreß in Karlsbad (September 1921) bestätigt worden. Gemäß den Beschlüssen dieser beiden allweltlichen Tagungen ist ein Immigrations- und Kolonisationsfonds zu schaffen, der den Namen Keren Hajessod trägt. Der Fonds ist mit dem Charakter einer juristischen Person zu konstituieren. Als den für den Aufbau der jüdischen nationalen Heimstätte erforderlichen Betrag hat die Londoner Jahreskonferenz die Summe von 25 Millionen engl. Pfund festgesetzt.

Im Rahmen des Keren Hajessod sind Spezialfonds für besondere Zwecke geschaffen worden und zwar: der Universitätsfonds, welcher für die hebräische Universität in Jerusalem oder für irgendwelche speziellen Zwecke innerhalb der Universität bestimmt ist, und der Juwelenfonds, der von der Internationalen Zionistischen Frauenorganisation aufgebracht und von dessen Reinertrag ein Drittel für spezielle Frauenarbeiten und der Rest im Rahmen des Keren Hajessod verwendet werden soll. Eine besondere Aktion des Keren Hajessod soll darauf hinzielen, die bei den einzelnen jüdischen Gemeinden bestehenden Stiftungen und Fonds für Zwecke des Keren Hajessod nutzbar zu machen.

Der Keren Hajessod ist am 23. März 1921 unter dem Namen „Erez Israel (Palestine) Foundation Fund, Keren Hajessod Limited" in London offiziell registriert worden.

II. Verwendung.

Aus den Eingängen des Keren Hajessod sollen zwanzig Prozent dem Jüdischen Nationalfonds zum Zwecke des Ankaufes von Boden und der Ameliorierung desselben zugewiesen werden. Der vom Jüdischen Nationalfonds erworbene Boden verbleibt statutengemäß im ewigen Besitz des jüdischen Volkes und kann nicht veräußert werden. Er wird an Einzelne und Genossenschaften in Erbpacht und Erbbaurecht abgegeben.

50 Prozent der Eingänge des Keren Hajessod sind für nationale Anlagen und das regelmäßige Palästinabudget zu verwenden. Das regelmäßige Palästinabudget umfaßt jene Auslagen, die zur Deckung der Kosten der Immigration, der Entwicklung selbständiger Siedlungen, der sanitären Arbeiten sowie der Erziehungsarbeit erforderlich sind. Zu der vom Keren Hajessod übernommenen Förderung der Immigration gehört auch die Gewährung von Zuschüssen zu den Reisespesen für solche Immigranten, die für Palästina notwendig sind. (Die Gewährung dieser Zuschüsse erfolgt in Form von Anleihen). Diese Auslagen für das regelmäßige Palästinabudget, die à fonds perdu erfolgen, sind eng verknüpft mit anderen Aufwendungen, die zwar gleichfalls einen Ertrag im privatwirtschaftlichen Sinne nicht bringen, aber zur Schaffung materieller dauernder Werte führen, die im Besitz der Nation bleiben: im Zuge der allgemeinen Vorsorge für Einwanderer müssen Ankunftshallen, Küchen, Arbeiterhäuser usw. gebaut werden; zur geeigneten Durchführung der sanitären Aufgaben sind Spitäler, Laboratorien und dergleichen zu schaffen; um dem Schulwerk eine gesicherte Entwicklung zu ermöglichen, müssen Schulgebäude errichtet werden. All dies fällt unter den Begriff „nationale Anlagen".

Die letzten 30 Prozent der Eingänge des Keren Hajessod sind für wirtschaftliche Anlagen zu verwenden. Es kommen hauptsächlich Anlagen zur Schaffung von Kraft für entstehende Industrien sowie zur Bewässerung größerer Landstrecken, ferner die Schaffung von Finanzinstituten für landwirtschaftliche, industrielle und Baukredite in Betracht. Doch darf der Keren Hajessod keine Unterstützung oder Anleihe für Privatunternehmen geben, soweit nicht ein gemeinnütziges Interesse damit verbunden ist. An den Erträgnissen dieser geschäftlichen Anlagen sollen jene, die für den Keren Hajessod Beiträge geleistet haben, teilnehmen. Diese Teilnahme ist vom zwölften Zionistenkongreß derart geregelt worden, daß aus den Erträgnissen der wirtschaftlichen Anlagen des Keren Hajessod ein Investmentsfonds des Keren Hajessod gebildet werden soll. Der Council des Keren Hajessod soll das Recht haben, vom 1. Jänner 1927 ab aus diesen Erträgnissen eine Dividende zu erklären, welche jedoch eine fünfprozentige Verzinsung des auf die geschäftlichen Anlagen entfallenden Anteiles vom Kapital des Keren Hajessod nicht übersteigen soll. (Wenn der Council des Keren Hajessod in der Lage sein wird, von diesem Rechte in vollem Umfange Gebrauch zu machen, so werden sich die Beiträge zum Keren Hajessod vom Jahre 1927 ab mit fünf Prozent von drei Zehnteln ihrer Gesamthöhe oder mit 1½ Prozent von ihrem Gesamtbetrag verzinsen.)

Die vom Direktorium des Keren Hajessod beschlossenen Arbeiten und Unternehmungen in Palästina werden durch die Zionistische Organisation durchgeführt.

Es ist jedoch ausdrücklich festgesetzt, daß von dem Keren Hajessod keinerlei Beträge für Administrationskosten der Zionistischen Organisation verwendet werden dürfen.

Auf der Grundlage dieser Bestimmungen wurde bereits das Palästinabudget der Zionistischen Organisation für das Jahr 5682 (1921/1922) festgesetzt. Es gibt gleichzeitig eine Vorstellung von der Art der Arbeiten, die mit den Mitteln des Keren Hajessod ausgeführt werden sollen. Es beruht auf der Voraussetzung, daß der Mindestbetrag, der in diesem Jahre unter allen Umständen aufgebraucht werden muß, 1,500.000 Pfund St. beträgt, und sieht folgende Verwendung dieser Summe vor:

I. An den Jüdischen Nationalfonds.

Für Bodenkauf u. Ameliorationen		300.000

II. Ertragbringende Anlagen.

a) Kredite für Kleinhausbau in den Städten	200.000	
b) Kommerzielle Kredite	100.000	
c) Industrielle Kredite	100.000	
d) Kredite an Landwirte	100.000	
e) Elektrifizierung d. Audja (Ruthenbergprojekt)	50.000	550.000

III. Regelmäßiges Palästinabudget.

(Nationale Anlagen und laufende Ausgaben.)

a) Kulturelle Arbeit: 1. Erhaltung des Schulwerkes 90.000, 2. Errichtung von Schulgebäuden 25.000, 3. Technikum 10.000, 4. Bibliothek 3000	128.000	
b) Sanitätswesen	100.000	
c) Arbeits- u. Ausrüstungsfonds für bereits im Lande befindliche Einwanderer	50.000	
d) Kosten der neuen Einwanderung	90.000	
e) Landwirtschaftliche Kolonisation	225.000	
f) Versuchsstation	10.000	
g) Besondere Ausgaben	25.000	
h) Kommerzielle Informationen	3.000	
i) Administration	25.000	656.000
Pfd. Sterling		1,506.000

III. Verwaltung.

Ueber die Beiträge zum Keren Hajessod werden Zertifikate ausgestellt. In jedem Lande wird ein Mindestbetrag in der Landeswährung festgesetzt, der zur Ausstellung eines Zertifikates berechtigt. (Dieser Mindestbetrag ist zum Beispiel in Großbritannien 5 Pfund St., in Holland 100 Gulden, in der Schweiz 250 Franken, in Deutschland 1000 Mark, in Jugoslawien 2000 Kronen, in Polen 5000 Mark, in der Tschechoslowakei 1000 Kronen tschech.) Die Zertifikatinhaber des Keren Hajessod irgend eines Landes oder einer Landesgruppe wählen Vertreter in den Council des Keren Hajessod. Die Zahl der Vertreter eines Gebietes wird bestimmt nach der Höhe seiner Beitragsleistung, indem die an das Direktorium überwiesene Geldsumme (in der Landesvaluta) durch den für das betreffende Gebiet entfallenden Minimalbeitrag geteilt wird, der zur Ausstellung eines Zertifikates erforderlich ist. Bei der Wahl der Vertreter eines Landes in den Council hat jeder Zertifikatinhaber eine Stimme.

Zur eigentlichen Leitung der Geschäfte des Keren Hajessod ist das Direktorium des Keren Hajessod berufen. Das Direktorium soll aus sechs bis zehn Mitgliedern bestehen, von denen die eine Hälfte auf Grundlage von Proportionalwahlen vom Council (also indirekt von den Zertifikatinhabern), die andere Hälfte von der Exekutive der Zionistischen Organisation zu bestimmen ist. Die Zionistische Organisation und der Council haben das Recht, die von ihnen ernannten Mitglieder des Direktoriums abzuberufen und zu ersetzen.

Als Uebergangsbestimmung für die Zeit bis zur durchgeführten Organisierung der Zertifikatsinhaber hat der zwölfte Zionistenkongreß beschlossen, daß provisorisch die Zionistische Organisation alle Stellen des Direktoriums besetzen soll. Doch muß der Zusammentritt des Council des Keren Hajessod spätestens Ende des Jahres eingeleitet sein.

Der Council des Keren Hajessod allein wählt einen Board of Trustes, der aus nicht mehr als zehn Mitgliedern bestehen soll. denen das Recht zusteht, jederzeit die Tätigkeit des Direktoriums zu prüfen und über das Ergebnis dem Council oder der Oeffentlichkeit zu berichten. Ueber die Einnahmen und Ausgaben des Keren Hajessod soll alljährlich Rechenschaft abgelegt und öffentlich berichtet werden.

IV. Aufbringung der Mittel des Keren Hajessod.

Der zwölfte Zionistenkongreß hat sich an das ganze jüdische Volk mit dem feierlichen Aufruf gewandt, durch den Keren Hajessod die Grundlage für den Aufbau der jüdischen Heimstätte in Erez Israel zu legen und so den Keren Hajessod zu einem allgemeinen jüdischen Fonds zu machen.

Der Keren Hajessod ist durch Abgabe von Vermögen und Einkommen auf der Grundlage des Maasser aufzubringen. Das Direktorium des Keren Hajessod soll nach Anhörung der Landeskomitees des Keren Hajessod die Ausführungsbestimmungen festsetzen und hiebei ein maasserfreies Minimum bestimmen und die individuellen Verhältnisse berücksichtigen.

Mit besonderer Eindringlichkeit wandte sich der zwölfte Zionistenkongreß an die Angehörigen der Zionistischen Organisation, von denen ein bedingungsloses Eintreten für die Forderungen des Aufbaues der nationalen Heimstätte erwartet werden kann und welche an die von ihren Delegierten gefaßten Beschlüsse gebunden sind. Der Zionistenkongreß erklärte die Erfüllung der Maasserforderung für die obligatorische Pflicht jedes Zionisten und beauftragte die Exekutive der Zionistischen Organisation, Maßnahmen zu treffen, um die Beschlüsse wegen der Maasserleistung in der Zionistischen Organisation zur strengen Durchführung zu bringen. Insbesondere drückte der Kongreß seine Meinung dahin aus, daß Zionisten, die ihrer Maasserpflicht nicht nachkommen, keinerlei Ehrenämter (und sonstige Aemter) in der Zionistischen Organisation bekleiden dürfen. Der Kongreß beauftragte auch die Exekutive, alle für die Durchführung der Keren Hajessod-Arbeit erforderlichen und geeigneten zionistischen Arbeitskräfte für den Keren Hajessod zu mobilisieren.

Nach der bisherigen vom Direktorium des Keren Hajessod eingehaltenen Praxis ist als Maasserleistung eine einmalige Abgabe von 10 Prozent des Vermögens (die auch in fünf Jahresraten abgestattet werden kann) sowie die Abgabe von 10 Prozent des Einkommens durch fünf Jahre zu verstehen.

V. Bisherige Ergebnisse der Keren Hajessod-Aktion.

Die Aktion für den Keren Hajessod hat im Herbst 1920 eingesetzt und zwar mit besonderer Intensität zunächst in Deutschland, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Beßarabien und Polen. In England war die Aktion durch die gleichzeitig einsetzende scharfe Wirtschaftskrise behindert, in Amerika durch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Zionistischen Exekutive und der Leitung der Föderation. Erst im Juni dieses Jahres konnte nach Austragung dieser Differenzen die Aktion für den Keren Hajessod in Amerikka auf breiterer Grundlage beginnen. Bis zum 10. August 1921 sind folgende Beiträge (in Pfund Sterling) an das Direktorium des Keren Hajessod überwiesen worden:

Vereinigte Staaten von Amerika	104.000
Kanada	18.000
Deutschland	13.000
Polen	12.000
England	8.000
Argentinien	8.000
Beßarabien	6.000
Bulgarien	5.000
Tschechoslowakei	4.000
Holland	4.000
Jugoslawien	2.000
ferner aus Griechenland, Dänemark, Palästina, Norwegen, Marokko, Schweden, Finnland, Portugal, Litauen, Italien, Lettland, Ukraine, Uruguay, Tunis, Spanien zusamen	7.000
von einer Gruppe von Einzelpersonen als Beitrag ausschließlich für Administrationsspesen	12.500
endlich von der Internationalen zionistischen Frauenorganisation aus dem Juwelenfonds	1.500
insgesamt Pfund Sterling	205.000

Von diesen Einnahmen wurden folgende hauptsächlichen Ausgaben bestritten:

für das regelmäßige Palästinabudget	80.000
erste Rate zum Ankauf der Hilfsvereinsschulen	5.000
Unkosten	20.000
Summe	105.000

Verfügbar waren also noch 100.000 Pfund Sterling. Da die Regie zum großen Teile durch die von einer Gruppe von Einzelpersonen für diesen Zweck beigestellten 12.500 Pfund Sterling gedeckt wurde, sind von den eigentlichen Geldeingängen für den Keren Hajessod im ersten Jahre (welches beträchtliche Gründungsauslagen mit sich brachte) nicht ganz vier Prozent für Regie ausgegeben worden.

VI. Der Keren Hajessod in der Tschechoslowakei.

Bereits im Herbst 1920 wurde in der Tschechoslowakei ein Landeskomitee für den Keren Hajessod eingesetzt, welches damals nahezu ausschließlich aus zionistischen Mitgliedern bestand. Das Komitee richtete ein Büro in Prag und eines in Mähr.-Ostrau ein und begann sogleich mit der intensiven Propaganda für den Keren Hajessod. Nach einem Jahre dieser Arbeit läßt sich folgendes feststellen:

Bisher wendete sich die Propaganda des Keren Hajessod nahezu ausschließlich an die Zionisten. Bisher liegen von ungefähr 1500 Personen Verpflichtungserklärungen über einen Gesamtbetrag von 8,100.000 K vor, die im allgemeinen in fünf Jahren entrichtet werden sollen. Im ersten Jahre sind bereits Raten in der Gesamthöhe von 1,300.000 K eingezahlt worden. Gleichzeitig ist auch in nichtzionistischen Kreisen die Bereitwilligkeit zur Teilnahme am Keren Hajessod deutlicher zum Ausdruck gekommen. Um für die Teilnahme dieser Kreise eine klare Form zu finden, ist das Landeskomitee für den Keren Hajessod in der Tschechoslowakei eben jetzt in einer Umbildung begriffen. Es soll in Hinkunft aus 45 Mitgliedern bestehen, von denen 20 durch die Zionistische Organisation, die übrigen durch die jüdischen Korporationen des Landes entsendet werden. Bisher haben sich die Landesverbände der Kultusgemeinden in Mähren und Schlesien sowie einzelne Logen des B'nei B'rith-Ordens zur Entsendung von Vertretern in das Landeskomitee bereit erklärt. An vielen Orten in der Tschechoslowakei sind Lokalkomitees eingesetzt worden, die aus Vertretern aller jüdischen Kreise bestehen und sich die Arbeit für den Keren Hajessod zur Aufgabe gemacht haben.

Der Jahresbericht Herbert Samuels.

(Schluß.)

IX. Arbeit der Departements.

Eisenbahn: Alle Eisenbahnen in Palästina stehen unter der Leitung der Regierung. Außerdem verwaltet das palästinensische Eisenbahndepartement auch für die Armee die Sinai-Militäreisenbahn zwischen Cantara am Suez-Kanal und Rafa an der ägyptisch-palästinensischen Grenze. Die Gesamtlänge des palästinensischen Eisenbahnsystems beträgt annähernd 1000 Km.

Innerhalb der Grenzen der verfügbaren Summen wurden während der letzten zwölf Monate viele Verbesserungen durchgeführt. Die Hauptlinie zwischen Rafa und Haifa, die während des Feldzuges flüchtig erbaut war, wurde verstärkt und geschützt. Demgemäß gab es während des letzten Winters keine Verkehrsunterbrechungen mehr, die während der Regensaison 1919/20 häufig waren. Die Linie von Jaffa nach dem Kreuzungspunkte Ludd war schmalspurig und verursachte daher die Umladung aller Güter, die per Eisenbahn vom Hafen Jaffa nach anderen Teilen Palästinas und Aegyptens gingen. Diese Eisenbahn wurde nur verbreitert. Drei kleine Zweiglinien sind im Bau. Stationen wurden verbessert und neue Stationen eröffnet. Schlafwagen und Speisewagen wurden bei einer Anzahl von Zügen eingeführt. Es war notwendig die Fahrpreise zu erhöhen und auf Grund dieser Erhöhung erhalten sich die Eisenbahnen selbst.

Handel und Industrie: Ein Handels- und Industrie-Departement wurde geschaffen, welches enge Fühlung mit den Handelskreisen hält und sich lebhaft bemüht, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern. In allen wichtigeren Städten Palästinas wurden Handelskammern gebildet, deren Mitgliederzahl sich auf nahezu tausend beläuft. Vierteljährlich werden Konferenzen der Vertreter dieser Kammern gehalten, wobei der High Commissioner den Vorsitz führt und die entsprechenden Departementsleiter teilnehmen. Bei diesen Konferenzen wird eine große Menge verschiedenster Fragen von Interesse erörtert.

Die Preise der Bedarfsartikel sind im allgemeinen bedeutend gefallen, entsprechend der Preisbewegung in der ganzen Welt, sie stehen aber immer noch hoch im Vergleich zu den Preisen in Aegypten und sonstwo.

Eine Tabelle (Anhang IV) zeigt den Wert des Imports und Exports monatsweise vom 1. April 1919 bis zum 30. Juni 1920.

Außer dem Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln und den üblichen Polizeibestimmungen über die Einfuhr von Waffen und Giften sind alle Beschränkungen des Ein- und Ausfuhrhandels in Palästina bereits aufgehoben.

Verschiedene neue Industrieunternehmungen wurden gegründet. In verschiedenen Teilen des Landes hat eine lebhafte Bautätigkeit eingesetzt. Wenn nicht ungünstige Verhältnisse eintreten, läßt sich in nächster Zukunft eine beträchtliche Entwicklung des Handels voraussehen.

Auf Weisung von Seiner Majestät Regierung ist die Ausgabe von Bergbaukonzessionen noch verboten.

Die ägyptische Währung wurde neben dem britischen Goldsovereign zum Kurse von 97.5 ägypt. Piastern für das Pfund Sterling zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel in Palästina erklärt. Doch ist der Umlauf anderer Währungen nach dem Marktwerte nicht verboten. Das Verbot der Goldausfuhr hat sich als nötig erwiesen und wurde durch eine Verordnung der Militärverwaltung ausgesprochen. Das Verbot ist aber inzwischen aufgehoben, was dem Handel genützt und keine sonstigen Nachteile mit sich gebracht hat.

Landwirtschaft: In den letzten Monaten der Militärverwaltung wurde ein Departement zur Unterstützung der Landwirtschaft gebildet, die noch für lange hinaus der wichtigste Erwerbszweig in Palästina ist. Das Departement hat eine lebhafte Tätigkeit entwickelt. Ein kleiner technischer Beamtenstab wurde aufgenommen. Landwirtschaftsinspektoren wurden in allen Bezirken eingesetzt und beauftragt, dauernd die Dörfer zu besuchen. Pflanzenkrankheiten und Insektenplagen werden sogleich gemeldet und Schritte gegen ihre Ausbreitung unternommen. Sorgfältige Vorbereitungen zur Bekämpfung einer Heuschrecken-Plage wurden für den vorkommenden Fall getroffen.

Ein Stab von Tierärzten berichtet ständig über epidemische Krankheiten der Haustiere und behandelt sie gleichzeitig. Importierte Tiere unterliegen einer Quarantäne. Tierspitäler wurden errichtet.

Ein Fischereiamt wurde zum Zwecke wissenschaftlicher Forschung und praktischer Maßnahmen zur Verbesserung des Fischereigewerbes eingerichtet.

Das Landwirtschafts-Departement hat fünf meteorologische Stationen im Anschluß an das physikalische Departement der ägyptischen Regierung aufgestellt.

Es wurde eine Verordnung zum Schutze der Waldungen erlassen. Waldgebiete werden abgegrenzt und eine Anzahl von Waldhegern und Wächtern ist bereits angestellt. Der Verwüstung der wenigen noch im Lande gebliebenen Bäume wurde Halt geboten, Baumschulen wurden errichtet und mehrere hunderttausend Bäume von der Regierung oder privaten Landeigentümern gepflanzt. Das ist der erste Anfang eines Prozesses, der die Produktivität des Landes bedeutend erhöhen, die Regenmenge vergrößern und der Landschaft neuen Reiz bringen wird.

Landwirtschaftliche Ausstellungen, die ersten im Lande, wurden in Haifa, Jaffa und Nablus organisiert. Sie erregten großes Interesse und dürften der Industrie nützlichen Ansporn bringen. Ein Museum zur Darstellung aller Zweige landwirtschaftlicher Tätigkeit wurde geschaffen.

Die ergriffenen Maßnahmen und insbesondere die Gewährung von Anleihen an Ackerbauer im Betrage von 370.000 ägypt. Pfd. hat die Neubelebung des Landes gefördert. Große neue Gebiete wurden in diesem Jahre in Kultur genommen und der Viehbestand zeigt eine beträchtliche Bereicherung. Die erzielten guten Orangenpreise waren für die Pflanzer eine große Ermunterung.

Die landwirtschaftliche Entwicklung des Landes — und eigentlich ebenso die städtische Entwicklung — wird durch die Unordnung sehr behindert, in die alle Eigentumsverhältnisse im Lande während der türkischen Herrschaft geraten sind. Die Aufgabe, hier Ordnung zu machen, wird lange Jahre geduldiger Arbeit erfordern. Es wurden Bodengerichtshöfe errichtet, die jetzt ihre Arbeit beginnen. Es wurde ein Vermessungs-Departement geschaffen, Vermessungsbeamte werden herangebildet; vorläufige Maßnahmen für die Durchführung einer Katastral-Aufnahme des ganzen Landes werden getroffen. Eine Bodenverordnung wurde erlassen, welche Bestimmungen enthält, die den Landankauf durch Spekulanten und die Brachlegung des Bodens verhindern sollen. Die Verordnung umfaßt auch wichtige Bestimmungen für den Schutz derzeitiger Siedler für den Fall, daß Landstrecken zu Kolonisationszwecken verkauft werden. Die Verwaltung trachtet geschlossenere Siedlung im Lande zu fördern, gleichzeitig aber die jetzigen Bebauer vor der Gefahr der Aussiedlung und des Verlustes ihres Lebensunterhaltes zu sichern.

Eine aus einem britischen Beamten und Vertretern der mohammedanischen und jüdischen Gemeinden bestehende Landkommission prüft nach diesen Gesichtspunkten alle den Gebrauch der Staatsländereien oder die Kolonisation privater Böden betreffenden Vorschläge.

Die während der Militärverwaltung geschlossenen Landregister wurden im Oktober für Transaktionen wieder eröffnet. Die während der neun Monate registrierten Transaktionen erreichen die Anzahl von über 2000. Die Zahl und der Wert von Landtransaktionen zeigt in den letzten Monaten ein ständiges Anwachsen.

Erziehung: In ganz Palästina besteht ein lebhafter Wunsch nach Erziehungsmöglichkeiten. Die Mehrheit der Mohammedaner sind Analphabeten und eine für ihre Bedürfnisse ausreichende Zahl von Schulen zu schaffen, ist eine Aufgabe von ziemlichem Umfang. Die Verwaltung hat einen Plan genehmigt, nach welchem die Bevölkerung einer Stadt oder eines Dorfes, wo eine Schule benötigt wird, eingeladen wird, ein passendes Gebäude beizustellen und es in gutem Zustand zu erhalten. Die Regierung bestreitet aus den allgemeinen Steuern die Gehälter der Lehrer und die sonstigen Unterhaltskosten. Nach diesem Plan wird durchschnittlich mehr als eine Schule pro Woche neu eröffnet. Es besteht die Absicht, diesen Vorgang fortzusetzen, bis das ganze Land

befriedigt ist. Dazu wird vermutlich eine Zeit von vier Jahren notwendig sein.

Um das Personal für diese Schulen zu erhalten, wurden die beiden Regierungs-Lehrerbildungsanstalten, eine für Männer und eine für Frauen, erweitert und bilden jetzt 75, bezw. 40 Zöglinge aus.

Von der Regierung bezahlte Wanderlehrer wurden angestellt, die unter den Beduinenstämmen des Distriktes Beerscheba wirken. Außer ihrer Aufgabe als Lehrer unterweisen sie auch die Erwachsenen der Stämme im mohammedanischen Religionsgesetz.

Glücklicherweise trägt eine Anzahl freiwilliger Schulen, die größtenteils von Organisationen außerhalb Palästinas erhalten werden, zur Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung bei. Für diese Schulen wurde ein System von staatlichen Subventionen, verbunden mit staatlicher Inspektion, in Angriff genommen. Doch gestattet die Finanzlage nur die Verteilung einer sehr bescheidenen Summe.

In Jerusalem wurden Rechtskurse eingerichtet, welche junge Palästinenser instand setzen werden, als Advokaten bei den lokalen Gerichtshöfen zu wirken. Auch eine Anzahl von Unterbeamten des Regierungsdienstes nimmt an diesen Kursen teil, die etwa 140 Zöglinge zählen. Der Unterricht wird von den leitenden Beamten des Justizdepartements erteilt.

Oeffentliche Gesundheitspflege: Sowohl die Militär- als auch die Zivilverwaltung hat die größte Aufmerksamkeit den Maßnahmen für die Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung zugewendet. Das Departement für öffentliche Gesundheitspflege verfügt über eine durchgeführte zentrale und lokale Organisation. Die Sanierung der Städte wird energisch überwacht. Ein Quarantänedienst wird unterhalten. Vor der britischen Besetzung gab es keine Regierungsspitäler oder Apotheken für die Zivilbevölkerung; derzeit unterhält die Regierung 15 Spitäler, 21 Apotheken, 8 Kliniken und 5 Epidemieposten. Außerdem wird eine große Leistung auf diesem Gebiete in Jerusalem und anderen Städten von zionistischen oder religiösen Organisationen glänzend durchgeführt.

In der Bekämpfung der beiden in Palästina am meisten verbreiteten Krankheiten, der Malaria und der Augenkrankheiten, werden Fortschritte gemacht. Eine Fachmännerkommission arbeitet genaue Pläne für die Austrocknung der Sümpfe und für andere Maßnahmen zur Ausrottung der Malaria aus. In Städten und Dörfern arbeitet man ständig an der Oelung und fallweise an der Schließung von Brunnen und Zisternen; 50.000 wurden registriert und regelmäßig bearbeitet. Dörfer, die unter der Malaria leiden, werden halbmonatlich von Anti-Malaria-Inspektoren besucht und erhalten gratis Chinin. Während des Herbstes 1920 wurden so 6000 bis 7000 Landbewohner monatlich behandelt.

Die Schulen werden medizinisch inspiziert. Besondere Maßnahmen werden für die Behandlung des Trachoms getroffen, worunter nicht weniger als 60 bis 95 Prozent der Schulkinder in Palästina, je nach dem Orte, leiden. Ein wanderndes Augenspital behandelt zahlreiche Augenkranke sowohl Erwachsene als auch Kinder. Abgesehen von diesen Krankheiten war der Gesundheitszustand in Palästina recht gut und epidemische Krankheiten wurden streng unter Kontrolle gehalten.

Oeffentliche Arbeiten: In dem Departement für öffentliche Arbeiten war der Mangel an verfügbaren Geldern am empfindlichsten fühlbar. Gewisse Landstraßen wurden rekonstruiert oder sind derzeit in Rekonstruktion begriffen. Eine Reihe von Regierungsgebäuden wurden in guten Zustand versetzt. Die Reede von Haifa, welche zur Landung und zur Löschung von Gütern mangels eines Hafendienstes, wurde beträchtlich erweitert. Einige geringfügigere Arbeiten wurden durchgeführt, im übrigen mußten die vielen Verbesserungen, die das Land fordert und die seine Wohlfahrt und seine Einnahmen erhöhen würden, bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben werden, wo das Mandat verlautbart ist und eine Anleihe aufgelegt werden kann. Inzwischen wird die Organisation des Departements für öffentliche Arbeiten durchgeführt, um für die größeren Aufgaben, die die Zukunft bringen dürfte, bereit zu sein.

Post: Das Postamt, welches auch Telegraph und Telephon verwaltet, zeigt eine ständige Entwicklung. Mehrere neue Postämter werden eröffnet; der Postdienst wurde verbessert, eine Anzahl der wichtigeren Telegraphen- und Telephonlinien wurde umgebaut oder verstärkt; ein Telephonsystem ist in den Anfängen, hat aber doch schon 700 Abonnenten und 22 öffentliche Sprechstellen. Die Finanzen des Postamtes zeigen einen kleinen Ueberschuß.

Einwanderung und Reisen: Seitdem die Häfen Palästinas für die Einwanderung mit gewissen Beschränkungen im August 1920 geöffnet wurden, kamen etwas über 10.000 Einwanderer ins Land. Die meisten davon waren Juden; nur 315 nichtjüdische Einwanderer wurden registriert. Von den Juden kamen 8084 unter der Patronanz der Zionistischen Organisation u. 1815 kamen unabhängig.

Während der Unruhen in Jaffa und der Nachbarschaft anfangs Mai dieses Jahres wurde die gesamte Einwanderung für den Augenblick gesperrt. Doch wurde es auf jeden Fall immer klarer, daß der Einwanderungsstrom größer war als ihn das Land absorbieren konnte. Die Verschiebung der Entwicklungsarbeit aus den früher in diesem Bericht angeführten Ursachen beschränkte die Arbeitsmöglichkeiten weit enger als im voraus angenommen worden war. Daher wurden neue Bestimmungen ausgearbeitet.

Um ein Visum nach Palästina zu erhalten, muß man heute nachweisen, daß man zu einer der folgenden Kategorien gehört:

1. Personen mit unabhängigen Mitteln, welche sich in Palästina dauernd anzusiedeln gedenken.

2. Angehörige freier Berufe, die hier ihren Beruf ausüben wollen.

3. Frauen, Kinder und andere von Einwohnern Palästinas gänzlich abhängige Personen.

4. Personen, die eine bestimmte Zusage von Beschäftigung bei bestimmten Arbeitgebern oder Unternehmungen haben.

5. Personen religiöser Berufe, einschließlich jener Juden, welche in den letzten Jahren aus religiösen Motiven nach Palästina gekommen sind und welche nachweisen können, daß sie hier Subsistenzmittel haben.

6. Reisende, welche nicht länger als drei Monate in Palästina zu bleiben beabsichtigen,

7. heimkehrende Palästinenser.

Im Monat Juli wurden die Häfen wieder geöffnet und Personen, welche zu diesen Klassen gehören, kamen an. Es wurden auch einige hundert Einwanderer zugelassen, die nicht dazu gehören, welche aber Visa nach Palästina vor der Einstellung der Einwanderung im Mai erhalten, ihre Heimat verlassen hatten und ernste Schwierigkeiten hätten, wenn sie nicht die Erlaubnis zur Weiterfahrt erhalten haben würden.

Zum Teil unter diesen Einwanderern und zum Teil unter den Vorkriegswohnern in Palästina entstand eine kleine Gruppe von Kommunisten. Diese Gruppe versuchte bolschewistische Propaganda zu betreiben. Sie erweckte fast allgemeine Feinseligkeit und zog eine ganz außerhalb jedes Verhältnisses zu ihrer Anzahl stehende Aufmerksamkeit auf sich. So weit als möglich wurde diese Gruppe festgestellt: 15 von ihnen, die Ausländer sind, wurden ausgewiesen, acht, welche die osmanische Staatsbürgerschaft erworben hatten, nebst fünf Ausländern wurden zu Wohlverhalten verpflichtet.

Es werden Maßnahmen ergriffen, um den Touristenverkehr zu heben; die Ergebnisse werden aber nur allmählich zu Tage treten.

Statistik: Ein Berufsstatistiker wurde für sechs Monate nach Palästina eingeladen und übernahm es, die Statistik der verschiedenen Verwaltungsdepartements auf gesunde Basis zu stellen.

Gemeindewesen: Die Stadträte, welche vor dem Krieg gewählt waren, wenn auch mit sehr beschränkter Freiheit, wurden seit der Besetzung ernannt. Jetzt sind Schritte im Gange, das Prinzip der Wahl wieder herzustellen.

Eine aus Regierungsbeamten und den Bürgermeistern und Sekretären der Städte zusammengesetzte Kommission hat eine erschöpfende Untersuchung über die derzeitigen Gemeindeeinnahmsquellen und Aufbringungsmethoden angestellt. Sie stellte viele Punkte fest, bei denen Reformen nötig sind und empfahl eine Anzahl von Aenderungen: diese werden schrittweise durchgeführt. Eine Verordnung gestattet die Einsetzung gewählter Gemeinderäte in Kleinstädten, großen Dörfern oder Vororten von bestimmten Charakter innerhalb einer Gemeinde zum Zwecke der lokalen Verwaltung, die im osmanischen Gesetz nicht vorgesehen waren.

Eine Stadterweiterungsverordnung wurde erlassen, um die Fortführung der bisher üblichen chaotischen Methoden zu verhindern, wonach Straßen und Stadtviertel errichtet wurden. Für Jerusalem und Haifa wurden Stadtpläne entworfen, für andere Städte sind sie noch in Arbeit.

Um die Schönheit des Landes zu schützen und seine Vanalisierung zu verhindern, wurde die Anbringung von Plakaten außerhalb der in den Städten durch die Gemeindebehörden festgesetzten Plätze, der Eisenbahnstationen und Geschäftsgebäude für die dort betriebenen Geschäfte verboten.

Vor der Besetzung war Jerusalem bezüglich der Wasserversorgung gänzlich abhängig von dem in Zisternen gesammelten Regenwasser. Die Armee schuf eine neue Röhrenleitung, die sich aber bereits als ungenügend erwiesen hat. Die Regierung setzt einige alte Sammelbecken von großer Fassungskraft, die sogenannten Salomonsteiche, unbekannten Ursprungs, vielleicht aus der herodianischen Zeit, acht Meilen von der Stadt entfernt, wieder instand. Durch ihre Heranziehung wird es möglich sein, der Stadt reichlich reines Wasser mit geringen Kosten zu liefern.

Die Pro Jerusalem-Gesellschaft organisierte eine hervorragende Ausstellung für Handwerk und Kunstgewerbe, welche derart, daß es in Palästina eine Anzahl von hervorragenden Kunstgewerblern gibt. Man darf hoffen, daß Palästina allmählich ein Mittelpunkt künstlerischer Produktion werden wird, die vielleicht mit der Zeit mit den berühmten Emporien des Orients in vergangenen Zeiten wetteifern kann.

X. Transjordanien.

Zu dem Bereich des Palästinamandats gehört auch das Gebiet von Transjordanien. Es grenzt im Norden an das unter französischem Mandat stehende Syrien, im Süden an das Königreich Hedschas, im Westen bildet der Jordan und das Tote Meer die Grenze, im Osten reicht es an die Wüste und endet — die Grenze ist noch nicht fixiert — dort, wo Mesopotamien beginnt. Transjordanien hat eine Bevölkerung von vielleicht 350.000 Seelen. Es umfaßt einige kleine Städte und breite Gebiete fruchtbaren Landes. Die Bevölkerung besteht zum Teil aus fest angesiedelten Städtern und Bauern, zum Teil aus wandernden Beduinen. Doch bebauen auch die letzteren mehr oder weniger feste Gebiete während bestimmter Jahreszeiten.

Als Palästina westlich vom Jordan von der britischen Armee besetzt und unter eine britische Militärverwaltung gestellt wurde, wurde über Transjodanien und einen großen Teil Syriens eine arabische Verwaltung eingesetzt, deren Sitz in Damaskus war. Der Regent war Seine Hoheit Emir Feisal, der dritte Sohn Seiner Majestät Königs Hussein von Hedschas. Als Damaskus im Juli 1920 von französischen Truppen besetzt wurde und sich Emir Feisal zurückzog, war es notwendig, Transjordanien neue Maßnahmen zu treffen. Ich begab mich am 20. August nach der Hauptstadt Salt und erklärte bei einer Versammlung von Notabeln und Scheichs des Bezirkes, daß Seiner Majestät Regierung die Errichtung eines Systems lokaler Selbstverwaltung fördern und durch eine kleine Anzahl britischer Beamter als Ratgeber unterstützen wolle.

Lokale Beratungskörper wurden dementsprechend in verschiedenen Bezirken gebildet, während die Bevölkerung nicht in der Lage war, sich in irgend einer Form zu einer Gesamtregierung für Transjordanien zu vereinigen. Fünf britische Beamte wurden bestellt, welche den Beratungskörpern und deren Beamten zur Seite stehen und bei der Organisierung einer Gendarmerie helfen sollten. Britische Truppen wurden in diesem Gebiet nicht stationiert.

Es kann nicht behauptet werden, daß das so eingesetzte Verwaltungssystem befriedigend war. Die Autorität der Beratungskörper wurde von großen Teilen der Bevölkerung mißachtet; bei der Einhebung von Steuern erhoben sich Schwierigkeiten; die den lokalen Behörden zur Verfügung stehenden Summen waren ungenügend, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern, geschweige denn um die Kosten für den Bau von Straßen, Schulen, Spitälern oder für andere Verbesserungen zu Gunsten der Bevölkerung zu decken.

Doch begann sich ein gewisser Fortschritt zu zeigen, als im Monat November Seine Hoheit Emir Abdallah, der zweite Sohn König Husseins, aus dem Hedschas in Maan im Süden Transjordaniens eintraf. Seine Absicht wurde dahin erklärt, daß er eine scherifische Regierung in Damaskus wieder herstellen wollte. Seine Ankunft verursachte viel Beunruhigung bei der Bevölkerung Transjordaniens und verringerte die ohnedies schon schwache Autorität der lokalen Behörden. Der Emir ging am 2. März von Maan nach Amman, einer Stadt an der Hedschasbahn östlich von Salt, und schlug dort einen Sitz auf.

Als der Staatssekretär für Kolonien im März in Palästina war, wurde mit dem Emir eine Konferenz abgehalten, der zu diesem Zweck nach Jerusalem kam. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der mir die Leitung der Verwaltung von Transjordanien übernahm unter der allgemeinen Leitung des High Commissioner für Palästina als Vertreter der Mandamacht und mit der Beihilfe einer kleinen Anzahl britischer Beamter und zwar für eine Zeit von sechs Monaten bis zur endgültigen Regelung. Ordnung und öffentliche Sicherheit sollte aufrechterhalten und keine Angriffe gegen Syrien geduldet werden. Seither wurde ein enger Zusammenhang zwischen Palästina und Transjordanien aufrechterhalten. In den wichtigsten Orten sitzen britische Vertreter.

Am 18. April besuchte ich als Gast des Emirs Amman und erklärte in einer Ansprache an die Scheichs und Notabeln die getroffene Vereinbarung. Der Emir kam neuerlich im Monat Mai nach Palästina. Die politischen und technischen Beamten der palästinensischen Verwaltung haben zahlreiche Besuche in Transjordanien gemacht und haben dem dortigen Beamten mit ihrem Rat beigestanden. Die Schwierigkeiten mit der Finanzlage hielten an. Noch fehlt es an Ordnung und Sicherheit. Doch wurde seitens des Parlamentes im Juli ein Darlehen von 180.000 Pfd. St. für Transjordanien bewilligt und es ist zu hoffen, daß diese Hilfe die Errichtung einer wirksamen Gendarmerietruppe, die Einhebung von Steuern und die Einrichtung der Regierung dieses Gebietes auf gesünderen Grundlagen ermöglichen wird. Der Bezirk verfügt über großen landwirtschaftlichen Reichtum und die Einnahmen würden, wenn sie nur richtig eingehoben werden, die Ausgaben voll decken.

Die politische und wirtschaftliche Verbindung zwischen Palästina und Transjordanien ist sehr eng. Der Handel ist lebhaft; der Verkehr ist rege; Störung auf dem einen Gebiet muß das andere schädigen; die Verhinderung von Einfällen vom Ostjordanland her und die Aufrechterhaltung der Ordnung dort sind von nicht geringer Bedeutung für die Bevölkerung im Westen. Auch Syrien hat ein dringendes Interesse an der Sicherheit seiner Südgrenze. Wenn Transjordanien der Anarchie zur Beute fiele, würden nicht nur seine eigenen Bewohner, sondern auch die Nachbargebiete zu leiden haben. Sie erwarten von der Mandatarmacht die Verhinderung einer Eventualität, welche, wenn sie es an Einfluß und Autorität mangeln läßt, leicht eintreten kann.

Schluß.

Ich kann diesen Bericht nicht schließen, ohne den Mitgliedern meines Beamtenstabes meinen aufrichtigsten Dank für die Arbeit eines schweren Jahres auszusprechen.

Engländer und Palästinenser, in der Zentrale und in den Bezirken, in den Verwaltungsdepartements, im Justizwesen, in den technischen Zweigen, in der Polizei — die Beamten der Regierung haben einen hohen Grad von Loyalität und Eifer gezeigt. Es hat auch zweifellos einzelne Ausnahmen gegeben. In einem so neuen Dienst kann kein restlos befriedigender Zustand erwartet werden. Aber während dieser Zeit der Arbeit und der Aenderungen unter häufig schwierigen und manchmal drückenden Bedingungen, hat die Beamtenschaft als Ganzes ein Pflichtbewußtsein, einen Eifer und eine Loyalität gezeigt, die zu ihrem eigenen Ansehen und zum Vorteil des Landes beitragen.

Die britische Militärbehörde hat bereitwillig Hilfe geleistet, wo sie gewünscht wurde. Sowohl das Hauptquartier in Kairo als auch das Divisionshauptquartier in Palästina, die Stationskommandos und kommandierenden Offiziere haben dauernd enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Verwaltung aufrechterhalten. Sie behandelten alle sie angehenden Fragen rasch und wirksam. Auch ihnen möchte ich meinen herzlichen Dank ausdrücken.

Herbert Samuel,
High Commissioner und Oberstkommandierender.

30. Juli 1921.

Folgen vier Anhänge:

Anhang I: Verzeichnis der (15) vor der Schaffung des Staatsrates und der (23) nach der Schaffung des Staatsrates erlassenen Regierungsverordnungen mit kurzer Inhaltsangabe.

Anhang II: Zahlenmäßige Uebersicht über den Bautenstand in 30 Distrikten und Regierungsdepartements, geteilt nach Engländern und Palestinensern und nach Religionen.

Anhang III: Budgetentwurf für Palästina für 1921/22 (Summe der Einnah-

nen Pfd. ägypt. 2,214.047, Summe der Ausgaben Pfd. ägypt. 2,286.133).

Anhang IV: Wert der Einfuhr und der Ausfuhr in ägypt. Pfd. nach Monaten vom April 1919 bis 1922.

Partner, nicht Feinde.

Es ist kein Geheimnis, daß die arabische Deputation in Palästina im britischen Kolonialamt ziemlich abgefallen ist, und wer die Anschauung der Regierung auch nur oberflächlich kennt, konnte nichts anderes erwarten. Als sie von der britischen Regierung verlangte, diese solle ihr den Juden gegebenes Wort brechen, brachte sich die Deputation selbst in eine schiefe und schwierige Stellung. England hat viel für die Araber getan. Es zerstörte das türkische Reich und gewann ihnen Freiheiten, die sie niemals von sich aus gewonnen hätten, es steht zwischen ihnen und der französischen Feindschaft, es schuf ein großes arabisches Reich in Mesopotamien und machte Abdullah zum Regenten in Ostjordanien. Und trotzdem ihnen ein so großes Erbteil unbestritten zugefallen ist, sind sie noch neidisch und eifersüchtig auf den jüdischen Naboth mit seinem Weingärtchen. Diese Haltung ist eines großen Volkes unwürdig und wir weigern uns zu glauben, daß sie die wahre Anschauung der Araber darstellt.

Es ist möglich, daß die arabische Deputation, wenn sie heimkehrt, berichten wird, daß diese Politik der Obstruktion und der verschleierten Rebellion gegen die Interessen der Araber in Palästina ist und daß sie ihren Wählern raten wird, daß es klüger wäre, Wege zur Zusammenarbeit mit den Juden für das Wohl Palästinas zu finden. Wenn dies ihre neue Haltung sein wird, werden sie finden, daß die Juden jede Hand ergreifen werden, die ihnen aufrichtig hingestreckt wird.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, was die Meinung war, als die Zusage eines jüdischen nationalen Heimes gemacht wurde. Was gemeint war, war ein palästinensischer Staat, dessen Kultur in genügendem Maße jüdisch sein sollte, um einem dort wohnenden Juden das Gefühl zu geben, daß er zu Hause ist und daß er ein Mitglied einer eigenen Nation ist. Dieses Ziel konnte auf zwei Wegen erreicht werden. Wir hätten damit beginnen können, einen Staat aufzurichten, in welchem die Regierung durchaus in den Händen der Juden gewesen und in welchem die britische Regierung dieser jüdischen Oligarchie ihre physische Unterstützung bis zu dem Zeitpunkt geliehen hätte, wo jüdische Einwanderer die Mehrheit geworden und in der Lage gewesen wären, sich selbst zu verteidigen. Es gibt Beispiele für diese Art, einen Staat zu gründen. Spanien tat etwas ähnliches in Südamerika, England in Australien. Aber dort war die eingeborene Bevölkerung schwach, gespalten, und im Falle Australiens degradiert. Diese Methode ist offenkundig auf Palästina nicht anwendbar und sollte auch dort niemals angewandt werden. Welches ist der andere Weg? Eine Regierung aus den im Lande bestehenden Elementen zu bilden und die arabische Mehrheit und die jüdische Minderheit ihre eigenen Differenzen so gut regeln zu lassen, wie sie eben können? Das scheint die Vorstellung der arabischen Delegation zu sein, aber jedermann erkennt, was das Ergebnis wäre. Die arabische Mehrheit würde sich der Einwanderung von Juden widersetzen und dafür sorgen, daß sie niemals zur Mehrheit werden können, sondern eine so kleine Minorität in Palästina bleiben, daß Palästina niemals ihr Eigentum werde und dort niemals eine jüdische Staatsnation entstehen könne. Mit anderen Worten, die Politik der Araber würde unvermeidlich die Zusicherung eines nationalen Heimes zunichte machen.

Zwischen diesen beiden Extremen — der sofortigen Aufrichtung einer jüdischen Oligarchie auf Grund physischer Gewalt., ihrer eigenen oder der britischen, und der sofortigen Einsetzung eines Regierungssystems, dessen Politik bloß durch die Zahl der derzeitigen Einwohner bestimmt ist, von denen das eine durch wenige unklare Köpfe im jüdischen Lager, das andere von engherzigen Arabern empfohlen wird, muß eine mittlere Linie gefunden werden, welche gleichzeitig eine Erfüllung der Zusage des nationalen Heimes darstellt und die vollste Sicherung für die arabischen Rechte bietet. Diese mittlere Linie kann nicht gefunden werden, solange ein paar jüdische Extremisten sich ihr Heim als eine Rassenoligarchie vorstellen, die einer arabischen Majorität aufgezwungen wird, oder solange arabische Extremisten sich darauf versteifen, die Einwanderung von Juden zu verhindern und ihnen keine Möglichkeit zu geben, in Palästina ein Heim und eine Staatsnation zu gründen. Von keiner Seite darf ein Rassenegoismus bestehen. Alle arabischen Rechte — soziale, legale und religiöse — müssen geachtet, aber die jüdischen — sowohl die gegenwärtigen als auch die künftigen — müssen mit gleichem Eifer geschützt werden.

Es ist dies keine unlösbare Aufgabe, wenn man guten Willen hat. Die Zionisten haben immer und immer wieder erklärt, daß sie den Arabern nicht nahetreten wollen und daß sie keine besonderen Privilegien für sich verlangen; freie Bahn und nicht Vorzug ist es, was sie verlangen, und das können sie nicht erhalten, wenn die jetzige nummerische Mehrheit der Araber die Politik des Landes einrichten kann, wie sie will. Der einzelne Jude in Palästina soll genau dieselben Rechte haben wie der einzelne Araber, nicht mehr und nicht weniger, aber für die jüdische Rasse als Ganzes sollte ein gewisses Vorrecht bestehen. Mit einem Wort, es ist nicht richtig, von einer jüdischen Minorität in Palästina zu sprechen, weil diese Minorität das ganze Volk auch außerhalb Palästinas repräsentiert, ein Volk, das größer ist als das ganze arabische Volk, geschweige denn als der kleine Teil der Araber, der in Palästina lebt, ein Volk, das weiter zerstreut ist als die Araber und das der Welt ihre Dichtung, ihre Moralphilosophie und zum großen Teil ihre Religion gegeben hat.

Wenn das einmal von den Arabern zugegeben ist, so wie es ist, dann ist der Weg zur Einigung leicht. Die Juden haben kein Interesse daran, sich autonomen Einrichtungen in Palästina zu widersetzen, wenn man nur begreift, daß hinter der sogenannten jüdischen Minorität in Palästina ein großes Volk steht, das mit Recht verlangen kann, daß es als politisch gleichwertig mit den Arabern behandelt wird. Ist diese Gleichheit in der Vertretung der beiden Rassen in der gesetzgebenden Körperschaft anerkannt, dann besteht kein Grund, weshalb irgend ein Zionist auch nur ein Wort zu ihrer Kritik sagen sollte. Im Gegenteil, Araber und Juden könnten in dieser Körperschaft lernen, ihre gegenseitigen Standpunkte zu verstehen und gemeinsame Maßnahmen für das Wohl ihres Landes zu ergreifen. („Palestine").

Vom Zionismus

Das Palästina-Amt Prag ist für Parteienverkehr offen täglich außer Samstag und Feiertag nur von 12—2 Uhr, Sonntag von 10—12 Uhr. Der Leiter des Büros amtiert: Dienstag und Mittwoch von ½2 bis ½3 Uhr, Donnerstag und Freitag von ½6 bis ½7 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr. Personen, die sich um Visa bewerben, werden ersucht, ihre Dokumente und Pässe mindestens 14 Tage vor der Abreise in das Palästina-Amt Prag zu senden.

* *

Für ein Elektrifikations- und Wasserversorgungsunternehmen in Palästina wird ein tüchtiger Monteur gesucht. Zuschriften mit kurzemCuriculum vitae samt Zeugnissen der Praxis sind zur Evidenzhaltung an das Pal.-Amt, Prag II., Ruzova 24, zu richten. Bevorzugt werden tschechoslowak. Untertanen und Blau-Weiße.

Politische Chronik.

Widerlicher Klerikalismus und Antinationalismus.

„Duch Času", das Organ der tschechischen sozialdemokrat. Organisation Mähr.-Ostrau schreibt unter obigem Titel folgenden Artikel am 14. Oktober 1921.

„Dieser Tage feierten die Juden ihre Festtage. Abgesehen davon, daß die jüdischen religiösen Gebräuche für den modernen Menschen wie die Faust aufs Auge wirken, bemerken wir, daß dennoch 99 Prozent der Juden den religiösen Pomp und die Feste mittun. Die Juden schlossen ihre Geschäfte, Büros, verließen ihre „ketaské kšefty" und gingen prahlerisch in den Tempel, promenierten mit dem Zylinder auf dem Kopfe auf den Hauptstraßen so frech und herausfordernd, daß bei uns sicherlich eine Revolte entstünde, wenn dies die Klerikalen täten. Der Mensch wundert sich schon nicht mehr über irgend einen papierenen Mojschl, aber wenn zum Schluß so ein Radwanitzer Großkaufmann Kral, der sich überall für einen fortschrittlichen Menschen ausgibt, diese Komödie mitmacht, dann weiß man nicht, was man über die Juden zu denken habe. . . .

Einer dieser jüdischen Klerikalen warf uns vor, daß wir auch klerikale Feste beginngen. Wir entgegneten ihm, daß wir sie nur deshalb feierten, weil der Staat diese Feiertage anerkenne. Aber der Jud trumpfte uns ab, indem er meinte, daß er wiederum die jüdischen Feiertage anerkenne. Zum Glück stand ein russischer Legionär dabei, der witzig bemerkte: in Rußland haben die Juden ihren eigenen Staat, haben ihre eigenen Revolutionsfeiertage, aber die russischen Juden — begehen doch nur die jüdischen Feiertage.

Es erzähle uns niemand irgendwas: **Die größten klerikalen Fanatiker und kulturlosen Leute sind jene Leute, die gestern und ehegestern im Zylinder provozierten und den langen Tag feierten.**" —

Dieser ganze Artikel wäre einer Antwort nicht wert und würdig, stünde er in irgend einem offiziellen oder versteckt-antisemitischen Blatte. Wenn man solche Zeilen liest, schaut man unwillkürlich auf den Titel der Zeitung und staunt dann nicht wenig, daß sie in einem führenden sozialdemokratischen Organe stehen, noch dazu in einer Zeitung, die das Sprachrohr eines bedeutenden Teiles des tschechischen Proletariats bildet. Es verschieben sich seit dem Umsturze scheinbar alle Begriffe in unserer Republik. Früher galt es als ein Zeichen der Demokratie, wenn man seinem Nebenmenschen weder aus seiner Abstammung noch auch aus seinem Glaubensbekenntnis irgend einen Vorwurf machte. Jetzt belehrt uns „Duch Času"" eines Besseren. Es gilt als demokratisch, ja sogar als sozialdemokratisch, wenn man alle Juden, die an den Feiertagen in den Tempel gehen, kurzehand als ketasi anspricht. Alle, alle die redlichen Kaufleute, Beamten, Angestellten, Intelligenzler, die zum großen Teile in der sozialdemokratischen Partei organisiert sind, werden zu Kettenhändlern degradiert, wobei die deutsche Uebersetzung dieses Wortes noch lange nicht die Brutalität des Originales wiedergibt, und provozieren. Ja wodurch? Dadurch, daß sie in den Hauptstraßen promenieren. Ja, muß man sich da nicht an den Kopf greifen. Also Leute, die im Festgewande spazieren gehen, provozieren? Wen? Den Sozialdemokraten, der im Auto fährt? Den nichtjüdischen Arbeiter? Und so stark ist die Provokation, daß Revolten entstünden, wenn . . . . Wenn die sozialdemokratische Partei demokratisch, freisinnig, wenn sie modern ist, wenn sie Kultur hat, die jene Juden nach Ansicht des „D. Č." nicht haben, die in den Tempel gehen, wenn, sage ich, der „Duch Času" jene Kultur hätte, so hätte er geschwiegen, denn er sollte wissen, daß jeder Mensch nach seiner Fasson selig wird, und daß es das Zeichen des ärgsten reaktionären Geistes ist, wenn man sich in solche Privatsachen mengt, wie sie religiöse Betätigungen bilden. Die größten Fanatiker aber sind jene Politiker, welche alles ausmerzen wollen, was nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Es ist eine Schande für ein seriöses sozialdemokratisches Blatt, wenn es in der Behandlung der Judenfrage auf das Kulturniveau des letzten antisemitischen Käseblättchens herabsinkt, um so mehr als es die Gefühle von Menschen verletzt, die, trotzdem sie Juden sind, doch gute sozialdemokratische Parteimänner sein wollen.

Der „Duch Času" gefällt sich seit letzter Zeit in antimistischen Extratouren und vergißt ganz, daß er sich dabei in gefährlicher Gesellschaft befindet, denn in diesen Extratouren gesellt sich ihm in der Tschechoslowakei nur noch das „Brünner Amtsblatt" des Abg. Dr. Baeran und die Troppauer „Neue Zeit" auch „Wahrheit" genannt — lucus a non lucendo — des Abg. Ing. Jung. Es tut uns wirklich wehe, den „D. Č." in dieser Gesellschaft zu sehen. Aber des Menschen Wille ist sein Himmelreich. — G. K. —

Glückwunschenthebungen zu Rosch-Haschanah 5682.

Seelenlichtenthebung zu Jom-Kipur.

Nachtrag.

Leipnik: Oskar Ritter 10; **M.-Schönberg:** Bruno Sonnenschein 20; **Bartschendorf:** Dr. Oskar Zeczowitschka 10; **Neutitschein:** Julius Tintner 2; **M.-Karlsdorf:** M. Kohn 60. **Slowakei: Presov:** Josef Feuermann 10; **Carp:** Robert und Emilie Stein je 10; **Lipov:** J. Morgenstern 10.

Erez Israel.

Politisches.

Die arabische Delegation.

Die ägyptische arabische Zeitung „Alotniah" (Nationalität), die von einer Gruppe bedeutender Schriftsteller und Dichter in Kairo herausgegeben wird, veröffentlichte einen Aufsatz von einem bekannten Jaffaer arabischen Schriftsteller gegen die arabische Europadelegation in dem es u. a. heißt: Diese Delegation wird, wenn sie ihr Ziel nicht erreicht, und dies wird nie der Fall sein, uns (Arabern) nur Schaden bringen. Falls es ihr gelingen würde, die Annullierung der Balfour-Deklaration, was ja ganz ausgeschlossen ist, durchzusetzen und in Palästina jede Spur des Judentums zu verwischen, so werde sie nur dem Lande arbeitende Kräfte und Mittel für dessen Aufbau und Entwicklung entziehen; wenn sie jedoch, was ganz sicher ist, erfolglos sein wird, so wird ihr Bestreben nur den Haß der Juden erregen und die Feindschaft zwischen diesen beiden Bruderstämmen stark auflodern lassen. Man müsse betonen, daß wir die Juden nicht besiegen werden und ihrem Zorne und dessen Folgen nicht werden standhalten können. Wenn wir jetzt, wie wir behaupten, in unserem Lande nicht bleiben können, während die Juden Frieden wünschen, wie wird erst unsere Lage in der Zukunft sein, wenn die Juden uns Krieg angesagt haben und die Herrschaft des Landes in ihrer Hand haben werden, mit allen Aemtern, Militär, Polizei, Verwaltung, Gericht, Handel, Landwirtschaft und Industrie. Wenn wir jedoch uns gegenseitig vertrauen, so werden wir gemeinsam den Vorteil des Landes fördern, die Juden mit ihrem Geiste, ihrem Gelde und ihrem handelsorganisatorischen Kenntnissen und wir mit unserer Hände Arbeit und dem Erbteil unserer Väter. Dank diesen Bestrebungen werden auch die palästinensischer Araber zu Konzessionen geneigt sein und sich dem jüd. Immigrationsstrome nicht widersetzen. Wenn die muselmanischen und christlichen Araber den alten Religionshaß, der sie zur Zeit der Türken trennte, auslöschen und an dessen Stelle ein einheitliches Nationalgefühl setzen konnten, bis sie fast zu einem Körper geworden sind, so, als ob sie ein und derselben Religion angehören würden, weshalb soll Aehnliches nicht zwischen Arabern und Juden möglich sein? Lassen wir Verstand über Gefühle die Oberhand gewinnen und wir werden erfolgreich sein.

— Wie der Genfer Korrespondent der „Palestine" berichtet, soll die arabische Delegation aus Genf sich nach Amerika begeben, um dort bei ihren Konnationalen eine rege Agitation zu entfalten und sie zu moralischen und materiellen Opfern anzuspornen. Die Delegation will auch mit führenden Amerikanern in Verbindung treten, um sie für eine den Arabern günstige Stellungnahme bez. Palästinas zu bewegen.

Der arabische Kongreß in Palästina.

Die Exekutive des palästinensisch-arabischen Kongresses war für den 26. Sept. zu einer Sitzung nach Jerusalem einberufen.

Die englische Labour Party und Palästina.

Wie verlautet, soll die Delegation der engl. Labour, Party, die die Lage in Aegypten studiert, beabsichtigen, demnächst auch nach Palästina zu kommen, um aus eigener Wahrnehmung die hiesigen Verhältnisse kennen zu lernen.

Herbert Samuel in Haifa.

Im Laufe des Monates September besuchte der High Commissioner von Palästina Herbert Samuel, in Begleitung seines Privatsekretärs die nördlichen Landesprovinzen, und zwar Galiläa mit Akka, darunter 21 Dörfer und zwei Beduinenlager. Am 15. September kam er nach Haifa, wo ihm zu Ehren von den Regierungsbeamten und den Notabeln der verschiedenen Konfessionen ein feierlicher Empfang bereitet wurde. Den Rabbiner gegenüber gab der High Commissioner seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die Lage in Haifa bedeutend gebessert habe. Er sei sicher, daß zahlreiche Juden ganz grundlos glauben, ihre Hoffnung sei vereitelt. Die Juden seien ein Volk, das entweder himmelhoch jauchzend oder zu Tode betrübt ist. Der zionistische Gedanke werde sich allmählich aber mit Sicherheit durchsetzen. An die Vertreter der Handelskammer erklärte Samuel unter anderem, daß die aber den bevorstehenden Hafenbau in Haifa kursierenden Gerüchte noch stark verfrüht sind. Wenn jedoch auch die Uebergabe der Hafenarbeiten noch nicht geschehen sei, so hoffe er, daß dieses binnen kurzem der Fall sein werde.

Wirtschaftliches.

Neue Fabriken in Palästina.

In Tel-Awiw wurde eine große Mineral- und Selterwasserfabrik, in Jerusalem eine Perlmutter- und Makkaronifabrik wie auch eine Ziegelei und in Haifa eine genossenschaftliche Bambus-Möbelfabrik „Karmel" gegründet.

Die Besiedlung.

Regelmäßiger Zugsverkehr zwischen Haifa und Transjordanien.

Die palästinensische Regierung kündigt die Herstellung eines regelmäßigen Personen- und Güterzugsverkehrs zwischen Haifa und

Amman (Tranjordanien) an. Der Zug verkehrt einmal wöchentlich, und zwar verläßt er Haifa jeden Mittwoch abend und kehrt am Freitag aus Amman zurück.

Ein neues Immigrantenheim in Palästina.

Die Jerusalemer „B'ne B'ritth-Loge" eröffnet unter dem Namen Mischkan-Jisroel eine neue Immigrantenherberge zur unentgeltlichen Benützung durch Einwanderer.

Gründung einer jüdischen Dampferlinie.

Der erste jüdische Dampfer „Zion" hat soeben den Hafen von Marseille verlossen, um sich nach Palästina zu begeben. Er wird auf seinem Wege alle größeren Mittelmeerhäfen anlaufen. Es verlautet, daß dies das erste Schiff einer neuen Dampferlinie sei, die von einer jüdischen Gesellschaft gegründet wird.

Von den Wuchergerichten.

In der zweiten Hälte des Monates September 1921 wurden bei den Gerichten im Sprengel der Staatsanwaltschaft Mähr.-Ostrau 7 Personen wegen Vergehen des Kettenhandels verurteilt und zwar zu je 6 Monaten strengen Arrestes und 10.000 K Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit der letzteren zu je weiteren 10 Tagen strengen Arrestes, wegen Uebertretung der Preistreiberei 9 Personen und zwar zu strengem Arreste in der Dauer von je 48 Stunden bis 14 Tagen. Außerdem wurden bei sämtlichen Verurteilten der Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit ausgesprochen. Wucher wurde getrieben mit Rauchmaterial, den Gegenstand der Preistreiberei bildeten Kaffee, Mehl, Mohn, Obst und Beleuchtungstransparent.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Juden, Volksgenossen!

Einer schon lange bestehenden Gepflogenheit gemäß geben die Schulleitungen an allen Schulen zu Beginn der Winterzeit für ihre Schulen Sammelbögen aus, mit welchen zur Beitragsleistung behufs Bekleidung armer Schulkinder aufgefordert wird. Auch heuer gehen Frauen, sowie Schulkinder deutscher und tschechischer Schulen mit derartigen Sammelbögen für Zwecke von Weihnachtsbescherungen von Haus zu Haus, in öffentliche Lokale und Geschäfte.

Es liegt uns vollkommen ferne die Sammeltätigkeit für andere Schulen zu erschweren; die Armut ist für das Kind anderer Volkszugehörigkeit genau so bitter und drückend wie sie es für das jüdische Kind ist. Aber wenn wir unsere Unterstützung anderen bedürftigen Kindern zukommen lassen ohne zu fragen, welchem Volke, welchem Glauben sie angehören, dürfen wir nicht der bedürftigen jüdischen Kinder vergessen, die doch Blut von unserem Blute Fleisch von unserem Fleisch sind und unserem Herzen am nächsten stehen. Das jüdische Kind, welches unserer Hilfe und Unterstützung bedarf, gehört nicht zur „Weihnachtsbescherung", bei welcher sie nur wegen der in Frage kommenden jüd. Spender als Paradepferde vorgeführt werden. Die Frage, ob auch die Beteilung in gerechter Weise vorgenommen wird, wollten wir erst gar nicht erörtern. Auch für die armen Kinder der jüdischen Schulen in Brünn gilt es Kleider, Schuhe und Wäsche für die Winterzeit zu besorgen, auch in unseren Schulen gibt es — und wir müssen es mit tiefstem Bedauern sagen — Kinder, die mit leerem Magen zur Schule kommen, unterernährt, schlecht bekleidet, Kinder, denen die Not und die Armut ihren Stempel aufgedrückt hat.

Der Elternrat an den jüdischen Schulen in Brünn wendet sich an die jüdische Oeffentlichkeit mit der dringenden Bitte um Unterstützung für die armen Schüler und Schülerinnen der jüd. Schulen, um diese vom Glücke Vergessenen mit dem Nötigchsten zu versorgen, ihnen die notwendige Nahrung zu verschaffen, die ihnen im Elternhause nicht oder nur in unzureichendem Maße geboten werden kann.

Wir wollen aber keine **Weihnachtsbescherungen**, wir wollen auch keine pompösen Bekleidungen die ein bitteres Gefühl im Herzen des Kindes für alle Zeiten zurücklassen. Wir, und wir hoffen dies ist bei allen unseren Volks- und Glaubensgenossen der Fall, wir wollen hiebei dem beteilten Kinde jedes Gefühl der Beschämung ersparen und es nicht zum Gegenstande des Bedauerns seiner Mitschüler und Mitschülerinnen machen. Der gefertigte Elternrat bittet um Förderung seiner Bestrebungen. Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Bitte nicht ungehört verhallen wird, andererseits aber müssen auch wir den Weg der öffentlichen Sammeltätigkeit betreten, um jedem Juden, jeder jüdischen Familie Gelegenheit geben, zu diesem Zwecke nach bestem Können beizutragen. Wenn wir dem armn jüdischen Kinde vom Herzen geben, so geben wir es dem Bruder und der Schwester, so erhalten wir uns unsere jüdische Jugend, die unseren Stolz und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bildet.

Die Mitglieder des Elternrates werden jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihrer übernommenen Pflicht gerecht zu werden. Sie werden auch die jüd. Einwohnerschaft aufsuchen, wie dies von Spendensammlern für andere Schulen geschieht. Gebet den bei Euch Vorsprechenden, gebet mit ganzem Herzen, gebet mit offener Hand!

Eventuelle Spenden gebrauchter Kleidungsstücke, Schuhe usw. (für Kinder im Alter von 4 bis 15 Jahre) werden gleichfalls angenommen und wollen an Frau Adolf Schallinger, Brünn, Rathausgasse Nr. 1, abgegeben werden.

Direkte Geldspenden erbitten wir an die Adresse: Kapitän Hermann Grün, Brünn, Na ponavce 6, zu überweisen, sie werden in der Jüd. Volksstimme ausgewiesen werden.

Der Elternrat an den jüd. Schulen in Brünn.

Iglau.

Tätigkeitsbericht der Jüd. akad. Ferialvereinigung Hasmonäa, Iglau, in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober 1921.

Die das 24. Semester eröffnende Vollversammlung am 2. Juli 1921 wählte folgendes Präsidium:

Präses: Egon Butschowitz.

1. Stellvertreter und Bibliothekar: Theo Werner.

2. Stellvertreter, Schriftführer nud Kassier: Alfred Singer.

Sie nahm folgendes Arbeitsprogramm zur möglichsten Darnachrichtung an: Der Hebräischunterricht ist durch Kurse oder Einzelstunden aufzunehmen resp. fortzusetzen. Zwei Abende der Woche sind festzusetzen und für alle aktiven Bb. obligat zu erklären. An diesen Abenden sind Referate zu halten und freie Debatten zu führen, die sich auf alle interessierenden Themen (also jüdische und allgemein menschliche) erstrekken sollen. Es ist eine Herzlfeier zu veranstalten. Die körperliche Ausbildung der Bb. ist durch Einführung einer nicht obligaten Turnstunde, durch gemeinsames Wandern usw. anzustreben. Eine freundschaftliche Annäherung an die Iglauer jüüdische Mittelschuljugend ist zu suchen.

Die Tätigkeit folgte im allgemeinen diesen Richtlinien, war in der Wahl der Referate und Diskussionsthemen unbeschränkt. Der Korpsgeist, persönliche Subordination und jedes starre Programm wurde unterlassen und bekämpft. Die politischen und sozialen Bewegungen der Vereinigung waren daher das Ergebnis von Auseinandersetzungen und die Resultierende aller Meinungen. Jedoch wurde eine strenge administrative Disziplin angestrebt. In den meisten sozialen und besonders in den religiösen Angelegenheiten hat die Vereinigung absolute Gewissensfreiheit beobachtet und nie diesbezüglich verpflichtende Beschlüsse gefaßt.

In der zweiten Juliwoche konnten wir nach Verhandlungen mit Chaim Kugel, Koll. Markus (Absolvent des Jaffaer Gymnasiums) als Hebräischlehrer in Iglau begrüßen. Im Rahmen der Hasmonäa wurden zwei Kurse (Anfänger und Fortgeschrittene) zu Wochenstunden eingeführt. Einzelstunden wurden von einigen A. H. genommen. Koll. Markus hatte die Freundlichkeit, ein fortlaufendes Palästinareferat zu halten. Im Gegensatz zu den bisherigen Palästinaseminaren betonte der Referent hauptsächlich die individuelle Seite seiner Ausführungen, schilderte also Erlebtes, gab ein lebendiges Bild des Landes und seiner Bewohner, und sprach über die alte und neue jüdische, arabische und christliche Kultur des Landes. Aus dem Zusammenhang jüdischer und arabischer Worte wies er auf kulturelle Zusammenhänge hin. Besonderes Interesse erweckte sein ausführlicher Bericht über Arbeit und Lebensweise der Chaluzim.

Dieses Palästinareferat füllte einen der festgesetzten Vereinsabende aus.

Am 7. Juli fand der erste freie Debattenabend (Debatte über ein vorgeschlagenes Thema ohne vorheriges ausführliches Referat) statt. Zur Diskussion stand von Bb. Theo Werner vorgeschlagen und eingeleitet: Gibt es einen Maßstab für Kunst, gibt es eine nationale also auch jüdische Kunst?

2. Debattenabend 12. Juli. Egon Butschowitz stellt zur Diskussion: Ehrenschutz.

3. Debattenaben 1. August. Theo Werner schlägt das Thema: Disziplin vor und leitet ein.

4. Debattenabend 4. August. Butschowitz schlägt vor: Vernunfts- oder gefühlsmäßiger Zionismus und zitiert zum Thema einige Stellen aus Hans Blühers: Deutschland, Judentum, Sozialismus.

Alle diese zur Diskussion gestellten Themata riefen rege Debatten hervor. Da der Diskussionsleiter bemüht war, die Debatte in wesentlicher Hinsicht und immer nur in einer Richtung zu leiten, zeitigten diese Diskussionen anerkannte Ergebnisse und Klärung einzelner Anschauungen. Mit Referaten stellten sich Bb. Bb. Paul Singer und Otto Grünfeld ein. Ihre Themata waren: Judentum und Sozialismus (8. Juli 1921) resp. Religion und Wissenschaft (25. Juli 1921). Auch in diesen beiden schweren Problemen gaben Vortrag und folgende Debatte Anregungen und Gelegenheit zur Aussprache.

Einen orientierenden Vortrag: Statistisches im Judentum hielt Bb. Julius Grünfeld (29. August 1921). Am 26. September fand eine Aussprache über zionistische Probleme, wie sie sich besonders im Kongreß gezeigt hatten, statt. A. H. Dr. Grünwald stellte die Probleme zur Debatte: 1. Nationaler oer antinationaler Zionismus. 2. Sozialismus und Zionismus. 3. Israel unter den Völkern. 4. Das Problem der Gemeinschaft.

Herzlfeier am 26. Juli 1921 im Bräuhaussaale. Nach einer hebräischen Begrüßungsansprache A. H. Dr. Grünwalds hielt unser Gast M. U. C. Ernst Taussig die Gedenkrede. Die Feier schloß mit der Hatikwah.

Die Aktivitas hat gemeinsam mit zwei Inaktiven ihre Keren Hajessod-Zeichnung von 10.000 Kronen tschech. in diesen Ferien durchgeführt. Die Bibliothek der Vereinigung wuchs im Laufe des Jahres 1921 um 27 Bände an.

Bb. Bb. Theo Werner und Alfred Singer wurden von der Vereinigung zum Kongreß gesandt. Der A. H.-Verband hat diesen beiden Bb. Bb. die Teilnahme am Kongreß finanziell ermöglicht.

Oeffentlicher Kongreßbericht am 21. September 1921 im Bräuhaussaal mit einer kleinen Propaganda-Ausstellung des mitgebrachten Kongreßmateriales gemeinsam mit dem Volksverein Theodor Herzl. Es referierte unser A. H. Dr. Grünwald über die Tätigkeit der Exekutive und die Beschlüsse des Kongresses und Bb. Theo Werner über die Kongreßstimmung und die leitenden Männer im Zionismus.

Am 25. September wurden die mitgebrachten Broschuren, Zeitungen, Kunstgegenstände und in Iglau befindliches jüdisches Material in einem Zimmer des Grandhotels frei zugänglich ausgestellt. Die Einnahme dieser Ausstellung größeren Stiles und die der vorerwähnten Kongreß-Versammlung. fielen dem Nationalfonds zu.

Als Gäste des A. H.-Verbandes der Hasmonäa hörte die Aktivitas 1. einen zwei Abende füllenden Bericht A. H. Dr. Werners über die A. C.-Sitzungen in Prag, 2. einen Diskussionsabend des H. Gläser, Privatsekretär Ruppins, der sich auf der Reise nach Karlsbad befand, 3. einen Bericht Herrn Dr. Calebs, Mitglied des A. C., der vom Kongreß zurückkehrte.

Die Aktivitas hatte zweimal wöchentlich Turnstunde und Pauken, an beiden Kursen nahmen Mittelschüler vom Jüdischen Lesezirkel teil.

Am Vereinsleben dieses von der Hasmonäa ins Leben gerufenen Mittelschüler-Zirkels nahmen einige aktive Bb. Bb. Anteil und hielten so den nötigen Kontakt aufrecht.

Die Aktivitas unternahm gleichfalls mit Gästen vom Lesezirkel am 11. Juli 1921 einen Tagesausflug auf den Cesminek.

Einer Einladung des Znaimer Jüd. Turnvereines folgend gastierte sie mit der Oper Rinaldo Rinaldini am 28. August 1921 in Znaim.

Inoffizielle gesellige Zusammenkünfte fanden des öfteren statt.

Adresse während der Studienzeit: M. U. C. Alfred Singer, Prag, Žižkov, Karlova třida 9.

A. H. V.-Bericht.

Der im Jahre 1920 neukonstituierte A. H. V. der Hasmonäa bildet das Zentrum der national-jüdischen und zionistischen Arbeit in Iglau. Die zionistischen Aktionen finden dort ihre erste Beratung und Feststellung ihrer Ausführung. Auch die Vorlagen des Jüdischen Volksrates für Iglau finden dort ihre prinzipielle Erledigung. Das ist dadurch möglich, weil die A. H. V. der Hasmonäa im zionistischen und nationaljüdischen Lager einflußreiche und sogar bestimmende Faktoren sind. Dadurch, daß eine Anzahl im Zionismus und der nationaljüdischen Bewegung besonders tätiger Männer von Ansehen und Erfahrung als A. H. honoris causa in den A. H. V. aufgenommen wurden, hat sich dieser Einfluß des A. H. V. auf das jüdische Leben in Iglau vergrößert. Die Vertreter der nationalen Judenschaft im Gemeinderate und im Kultusausschusse sind Mitglieder des A. H. V. Auch in anderen jüdischen Vereinigungen sind A. H. A. H. der Hasmonäa in leitender Stellung.

Vierzehntägig, in dringenden Fällen auch öfter, finden die Versammlungen des A. H. V. statt. Außer den Beratungen über zionistische und sonstige Angelegenheiten finden auch regelmäßig Vorträge statt. Die wichtigste derartige Veranstaltung war der Palästinakurs, der von fast allen in Iglau befindlichen A. H. A. H. regelmäßig besucht wurde.

Mit der Aktivitas, deren finanzielle Verbindungsausgaben der A. H. V. fast vollständig deckt, lebt der A. H. V. im engsten Kontakt. An den Beratungen und Veranstaltungen, speziell an den Vorträgen der Aktivitas nimmt eine größere Anzahl A. H. A. H. regelmäßig Anteil.

Die Mitglieder des A. H. V. haben alle eine Erklärung unterfertigt, daß sie sich als Nationaljuden bekennen und den Keren Hajessod-Beitrag gezeichnet respektive bezahlt haben.

Das Präsidium des A. H. V. bilden: M. U. Dr. Siegmund Werner als Vorsitzender, M. U. Dr. Philipp Herrmann als 1. Stellvertreter, Konzipient Karl Meisel als 2. Stellvertreter und Kassier und Franz Sander als Schriftführer.

Zuschriften sind an Dr. S. Werner, Iglau, Hauptplatz 7, zu richten, Zahlungen an Karl Meisel, Iglau, Wallgrabengasse Nr. 9 zu leisten.

Personalstand.

Gefallen im Weltkriege 1914 bis 1918 Bb. Oswald Bretschneider, Pirnitz, Bb. Otto Glas, Iglau, Bb. Ing. Alfred Sander, Iglau, Bb. Leo Schulhof, Pirnitz.

Ihr Andenken ist uns teuer.

A. H. A. H.

M. U. Dr. Siegmund Werner, Iglau (A. H. Ehrenmitglied, Gründungs A. H.), Leo Beck, London, Emil Fischer, Iglau, J. U. Dr. Viktor Grünwald, Iglau, Kurt Herschmann, Prag, Karl Lang, Iglau, Karl Meisel, Iglau, J. U. C. Robert Offer, Iglau, Karl Ohrenstein, Prag, Ing. Walter Pollak, Olmütz, Dirig. Artur Pachter, Leitmeritz, Robert Pisk, Iglau, Arie Herschreich, C. A. H. Wien, J. U. Dr. Ernst Sommer, Karlsbad, Alfred Sommer, Iglau, Ing. Wolfgang Schwarz, Wien, Franz Sander, Iglau, Max Stiaßny, Iglau, Ing. Paul Stiaßny, Iglau, Ernst Tausk, Fiume, Karl Turnovsky, Zbraslavic, Alfred Ullmann, New York, Richard Weißenstein, G. A. H. Iglau, M. U. Dr. Josef Weißenstein, Pirnitz, Oskar Winter, Iglau Karl Zimmer, Königinhof.

Einige Herren, die sich an der Gründung der Hasmonäa (1909) beteiligten und denen daher die A. H. Würde zusteht, haben sich bisher noch nicht geäußert, ob sie Wert darauf legen, im Verbande der Hasmonäa zu bleiben.

A. H. A. H. h. c.

Prof. Dr. Berkowitsch, Bielitz, J. U. Dr. Isidor Brand, Iglau, M. U. Dr. Alfred Capek, Iglau, Hugo Eisler, Wien, Staatsbahnrat Friedr. Glas, Brünn, J. U. Dr. Philipp Herrmann, Iglau, Prof. Dr. Josef Lamm, Brünn, Professor Dr. Heinrich Pollak, Iglau, Revident Hermann Reitler, Iglau, Oberkomm. Julius Samstag, Iglau, Konsul Heinrich Stern, Iglau—Brünn, Ing. Josef Spitzer, Wolframs, Fritz Stransky, Iglau, Max Turnovsky, Julienhof.

Aktive.

Präsidium: Cand. Ing. Egon Butschowitz, M. U. C. Theo Werner, M. U. C. Alfred Singer, J. U. C. Ernst Weiß, stud. rer. Comm. Julius Grünfeld, Otto Grünfeld, Paul Singer.

Inaktive.

Ing. Walter Kohner, Leitmeritz, Robert Werner, Iglau, M. U. C .Viktor Kürschner, Iglau, stud. phil. Erich Werner, Bielitz.

Ausgetreten:

Cand. Ing. Julius Grünberger, Ranzern, Ignaz Hamlisch, Wien, Fritz Hahn, Iglau, M. U. C. Emanuel Zimmer, Wien.

Bardiov.

Vorige Woche weilte hier zum Besuche seiner Anverwandten der unter dem Pseudonym „Schafan" in Polen sehr bekannte jüdische Journalist und zionistische Volksredner Samuel Friedmann. Auf Ansuchen unseres Misrachi-Vereines war der Gast so freund-

lich, an zwei aufeinanderfolgenden Abenden uns zwei Vorträge: über Rabbi Jehuda Halevi und über Bialik zu geben. Beide Vorträge, die vermöge der Kongenialität ihrer Themen ein harmonisches Ganzes bildeten, waren ein Meisterstück der Redekunst und nach ihrem inneren Gehalt ein gediegenes, wissenschaftliches Werk. Während wir am ersten Abend Gelegenheit hatten, die Kunst des Redners zu bewundern in der Art, wie er eine tief wissenschaftliche Materie, wie sie die Behandlung von R. Jehuda Halevis Philosophie darstellt, in fesselnder, populärer Sprache vortrug, waren wir am zweiten Abend, als er über Leben und Dichtung unseres größten zeitgenössischen Dichters sprach und einige von dessen berühmten Gedichten erläuternd zitierte, von der mächtigen Glut seiner Rhetorik einfach hingerissen. — An beiden Abenden nach den Vorträgen versammelte sich ein Zirkel von Gesinnungsgenossen um den lieben Gast, der auch als glänzender Humorist sich eines großen Rufes erfreut, um bei Trank und Gesang ein paar Stunden in heiterer, gehobener Stimmung zu verweilen. Herr Friedmann eröffnete nun den Born seines köstlichen Humors, in dessen sprudelnder Fülle wir bis spät in die Nacht schwelgten. Zum Schluß der Unterhaltung richtete Herr Friedmann eine ernste Ansprache an die Jugend, und gemahnte sie in eindrucksvollen Worten, in der gegenwärtigen für unser Volk so ernsten Zeit ihrer Pflicht eingedenk zu sein und mit vereinigten Kräften dem Ziel unserer Bewegung zuzustreben. P. B.

Prag.

Die jüd.-nat. akad. techn. Verbindungen „Barissia“-„Jordania“ im K. P. J. V. in Prag teilen nachstehend die diessemestrigen Chargenwahlen mit:

* M. U. C. Gustav Kohn
**F* chem. Johann Strauß
*** ing. cand. Otto Rothenstein
M. U. C. Gustav Kohn dzt. *

Olmütz.

Die Arbeiten des zwölften Zionisten-Kongresses in Karlsbad gaben der hiesigen Ortsgruppe einen neuen Impuls zur Arbeit. Sofort nach Rückkehr unserer Gesinnungsgenossen vom Kongresse schritt der Verein „Zion“ an die Durchführung der vom Kongresse und vom Z. K. gegebenen Weisungen.

Die Propaganda für den Keren Hajessod wurde unter den Zionisten intensiv und mit gutem Erfolge betrieben, sodaß die Aktion unter den Gesinnungsgenossen Ende der Woche abgeschlossen sein wird. Sodann schreitet der Verein „Zion“ unter Mitwirkung eines Komitees an die Durchführung der Keren Hajessod-Aktion bei den Nichtzionisten, welche bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll.

Auf die Aufforderung des Zentralkomitees zur Durchführung der Zionistensteuer übertrug der Verein „Zion“ diese Aktion einem Ausschusse, welcher einerseits eine Schätzungs- und eine Reklamationskommission schuf. Die Schätzung der hiesigen Gesinnungsgenossen und die Repartion des Kontingentes auf dieselben wurde bereits durchgeführt und mit der Einkassierung der Zionistensteuer begonnen. Weiters beschäftigte sich der Verein mit der Durchführung des kulturellen Programmes im Herbste, wobei in systematischer Reihenfolge die Entwicklung des Zionismus, der zionistischen Literatur und andere Themata in 15 Vorträgen behandelt werden sollen. Die hiesige „Ymka“ hat in liebenswürdiger Weise für diese Vorträge der Ortsgruppe ihren Saal zur Verfügung gestellt.

Auch in der Kultusgemeinde wurden in jüngster Zeit Beschlüsse gefaßt und durchgeführt, welche für die Entwicklung des jüd. Lebens in unserer Stadt von großer Bedeutung sind. So wurde über Antrag des Herrn Schulhof beschlossen, das Kol Nidre wieder einzuführen; es wurde am Vorabend des Jom Kipur das erste Mal wieder gebetet.

Die hebräischen Sprachkurse des jüd. Volksrates wurden von der Kultusgemeinde mit einem weiteren Betrage von 2000 K (insgesamt 5000 K) für das heurige Jahr subventioniert, sodaß deren Weiterbestand gesichert ist.

Oderberg.

Herr Josef Zanker, Kultusvorsteher in Oderberg-Bahnhof, beging am 18. ds. seinen 60. Geburtstag. Die Begrüßung des Jubilars durch die Kultusgemeinde und die Vereine findet am 28. ds., eine Feier im Tempel am 29. ds. statt. Herr Zanker genießt in der ganzen Kultusgemeinde und weit über ihre Grenzen hinaus allgemein größte Beliebtheit und Hochachtung. Er ist ein Musterbild jüdischer Bürgertugend. Auch die zionistische Ortsgruppe in Oderberg ehrt in ihm einen ihrer Begründer und wertvollsten Förderer. Wir gratulieren Herrn Zanker aufs herzlichste.

Jüdischer Sport

Košice.

J. S. K. Hakoah — Kassai Atletikai Club 1:0 (0:0). Der junge Hakoah spielte am 9. ds. gegen Kac. und gewann das Spiel nach aufopfernden und starken Kampf. Kac. ist die gegenwärtige Meistermannschaft der Slowakei. Das Spiel war von Anfang an sehr stark und lebhaft. Die Halfreihe der Hakoah, besonders Langfelder, Mittelhalf, hat glänzende Arbeit geleistet. Auch die Verteidigung mit Tormann Weiß hat die starken Angriffe verhindert. Die Aufstellung war folgende: Weiß, Rosenberg, Ascheim, Eierer, Langfelder, Friedmann, Füzesi, Joszi, Wollner, Buday, Fischer.

Am 16. spielt Hakoah gegen Kassai-Sport-Club und wir hoffen, daß die Blau-Weißen wieder siegen werden.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis 37

vom 1. bis 8. Oktober 1921.

Allgemeine Spenden.

Iglau: Reingewinn des Pal. Filmes 497.40, Kosul Stern, Rudolf Lauer je 100, Sammlung Singer b. Kongreßbericht 67.60, Erwin Scholz 32, zus. K 797.—
Kostel: Tempelspende K 5.—
Leipnik: Gustav Eigner 10, Kohn Salo 2, zusammen K 12.—
Proßnitz: Telegramme 316, Dr. Sonnenmark 5, Giskalah-Unterhaltung 300, Dr. Sonnenmark Gelöbnis 50, div. Spenden 33.70, Kartenpartie Dr. Sonnenmark, Ed. Pollak, Insp. Körbl 25.50, zusammen K 730.20
Trzynietz: Thoraspenden K 267.—
Summe der Allgem. Spenden K 1811.20

Oelbaumspenden.

Gaya: Garten d. Isr. Kultusgemeinde, Richard Rosenberger 25, Lena Hayek anl. Matura 14, zusammen 1 B. K 39.—
Proßnitz: Wanderbund Blau-Weiß a. N. des verstorbenen Adolf Schreiber 10 B. im Blau-Weiß Garten K 300.—
Summe der Oelbaumspenden K 339.—

Neujahrsspenden.

2. Nachtrag. Spezifikation Jüd. Volksblatt Nr. 63 und 64.
Iglau: Sammlung Edith Werner d. Sammelbogen: Komerz.-Rat Emil Seidner, L. Seidner je 200, Gabriel Kärger, Rich. Spitzer, Leo Haupt je 100, Richard Pokorny, Arnold Riesenfeld je 50, Karl Weinberger, Karl Pick je 40, Herm. Pollak, Hermine Pollak je 30, Fritz Kohn, Dr. Edm. Torsch, Ida Meisl, Hermine Hahn, Karl Fischer, Dr. M. Bondi, Ign. Goldschmied, Josef Herrmann, Dr. E. Korner, Herm. Weiß, Gustav Epstein, Rudolf Pollak, Sofie Grünfeld, Dr. Ph. Kürschner, Fritz Stransky, Dirigent Türnberg je 20, Gustav Pollak 15, Fried Herm., Fuchs Samuel, Math. Burbaum, Karl Roubitschek, Berta Kaufmann, Franziska Sander, Heinrich Blau, Olga Aschenbrenner, David Deutsch, Julie Spielmann, Heinrich Kafka, Adolf Roth, Heinrich Weißenstein, Anna Illowy, David Reiniger, Albert Schütz, Kath. Lauer, Alfred Sommer, J. Fischer, Edm. Kraus, Gottlieb Spitz, Frl. Roubitschek, S. Ullmann, Helene Weißenstein je 10, Louis Zelenka, Karoline Beck je 6, S. Lengsfeld, Karl Pollak, Em. Grünhut, Jakob Taussig, Salomon Kohnstein, Max Pollak, Ernestine Kozlicek, Max Laufer, Rosa Laub je 5, zusammen K 1577.—
Althart 10, Eisgrub 10, Cekyn 10, Frankstadt 10, Gaya 30, Hermannschlag 10, Gr.-Meseritsch 2, Kremsier 26, Kl.-Kuntschitz 5, Königsberg 10, Kunewald 10, Luhatschowitz 20, M. Karlsdorf 10, Mißlitz 10, M.-Schönberg 20, Leipnik 10, Neu-Raußnitz 15, Neutitschein 20, Olmütz 5, Prerau 20, Proßnitz 30, Pirnitz 30, Partschendorf 10, Radejov 10, Sadek 30, Rouchovani 10, Schönbrunn 10, Troppau 10, Tasov 10, Ung.-Ostra 20, Wagstadt 20, zus. K 495.—
Summe der Neujahrsspenden K 2072.—

Büchsenleerung:

Gaya: Moses Ungar 15, Ilse Fischer 10, Max Placek, Berth. Deutsch je 6, Berta Burbaum, Leop. Pollak je 5, div. unter 5, zusammen K 61.—
Kostel: H. Rosenberger 47.60, Wilma Neumann 39, Isidor Rosenzweig 51, Regine Eisinger 22.60, Julie Neumann 20, Karla Rosenzweig 25, Grete Wollner 17.50, Hermine Kohn 13, Ernestine Weigl 6, div. unter 5, zus. K 247.—
Leipnik: Schreiber Leo 45, Hirsch Paul 22.60, Grünberger Kurt 15.50, Fried Jakob 11, Bußstein Max 10.30, S. Tauber 9.80, Scharf Heinr. 8, Kohn Salo 8.50, Knöpfelmacher 7, Jellinek Leop., E. Grünbaum je 6, J. Himmler 6.60, Dr. Rosenzweig 6.10, Frieda Himmler, Dr. Hillel, Spitzer D. je 5, div. unter 5, zus. K 201.—
M.-Budwitz: Herm. Pächter 16.58, Rabb. Dr. Alt 9.36, Alois Freund 6.80, zus. K 32.74
Proßnitz: O. Grünwald 25.92, Dr. Leop. Goldschmidt 8.70, Paula Beamt 21.39, Ad. Schmeidler 39, Sal. Steckler 36.58, Wilhelm Lösegeld 10.42, Heinr. Bautmann 10.30, Leo Beer 10, Sal. Trau 10, Paula Lasus 7.38, Mich. Glückselig, Jakob Steiner, Holz u. Salzer je 5, div. Büchsen unter 5, zusammen K 217.80
Summe der Büchsenleerungen K 759.54
Ausweis Nr. 37 K 4.981.74
Zuletzt ausgewiesen K 207.127.37
Gesamtsumme K 212.109.11

Materialien: M.-Ostrau 420, Wolframs 77, zus. K 497.—

„Allgemeiner Zeitungsverlag“ Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt